



CDU

HANNOVER

**Gemeinsam stark
für Hannover.**

Impressum

Maximilian Oppelt
Kreisvorsitzender

CDU Hannover Stadt
Walderseestraße 21
30177 Hannover

Telefon: 0511/39787-0
Fax: 0511/39787-60
E-Mail: info@cdu-hannover-stadt.de

www.cdu-hannover-stadt.de

Bildnachweise

Titelbild: Pixabay.com/inextremog6 // S. 4: Redaktion // S. 6: Pixabay.com // S. 11: CDU Deutschlands/Markus Schwarze // S. 17: WikiCommons/ChristianSchd (CC BY-SA 3.0) // S. 22: CDU Deutschlands/Dominik Butzmann // S. 26: CDU Deutschlands/Marcel Schlegelmichel // S. 27: Redaktion // S. 32: CDU Deutschlands/Christiane Lang // S. 36: Redaktion // S. 38: Redaktion // S. 42: CDU Deutschlands/Adrian Kubica c/o Banrap // S. 46: CDU Deutschlands/Markus Schwarze // S. 49: CDU Deutschlands/Dominik Butzmann // S. 52: CDU Deutschlands/Markus Schwarze // S. 54: CDU Deutschlands/Dominik Butzmann // S. 56: CDU Deutschlands/Christiane Lang // S. 58: Redaktion // S. 60: Pixabay.com

Auf einen Blick

Zusammenhalt aus Verantwortung | 04

Digitalisierung: Ein Update für die Stadt Hannover | 06

Schulpolitik: Bildungschancen für alle | 11

Wirtschaft: Hannovers Vorteile nutzen | 17

Soziales: Menschen würdig begegnen | 22

Ehrenamt: Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Gesellschaft | 26

Kultur: Hannover – Kulturhauptstadt des Nordens | 27

Bauen, Stadtentwicklung und Wohnen: Stadt für alle, statt für wenige | 32

Umwelt und Klima: Eine Stadt braucht Luft zum Atmen | 36

Mobilität, Verkehr und Infrastruktur: Hannover in Bewegung | 38

Sicherheit und Ordnung | 42

Integration: Vielfalt als Chance | 46

Jugendhilfe: Kinder und Jugendliche ernst nehmen, fördern und schützen | 49

Gleichstellung: Politik von Frauen und Männern für Frauen und Männer | 52

Seniorinnen und Senioren in der Stadt | 54

Sport: Hannover bleibt bewegt | 56

Wissenschaft: Hochschulstandort Hannover | 58



Zusammenhalt aus Verantwortung

Was wir brauchen,
ist ein Wir-Gefühl

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der schwersten Krise seit 76 Jahren. Seit mehr als einem Jahr bestimmt nun schon die Covid-19-Pandemie das Leben der Menschen in Deutschland und somit auch in Hannover.

Die Pandemie hat wie unter dem Brennglas die Schwächen unseres organisierten Staatswesens und unserer Gesellschaft offengelegt – auch in Hannover. Die Digitalisierung vor allem der öffentlichen Verwaltung liegt selbst im Bundesvergleich um Jahre zurück. Die städtische Infrastruktur ist marode und verschlingt Unsummen, um überhaupt den Status quo halten zu können. Veränderungen im Bereich der Stadtentwicklung wurden verschlafen. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, diese Schwachstellen zu beheben. Es gilt, Hannover endlich fit zu machen für das 21. Jahrhundert!

Daneben hat Corona aber auch deutlich werden lassen, wo unsere Stärken liegen: Sie liegen im gemeinsamen Handeln. Wir werden die vor uns liegenden Herausforderungen nur gemeinsam meistern können. Das wir als Gesellschaft dazu in der Lage sind, haben wir bewiesen. Aber dazu müssen wir weiterhin kultivieren, was wir zur Bewältigung der unterschiedlichsten Anforderungen in einer immer vielfältiger und komplexer werdenden Welt brauchen: Ein Wir-Gefühl.

Wir brauchen Veränderung, um den Kern dessen, was uns zusammenhält, erhalten zu können. Wir brauchen neue Ideen für alle vor uns liegenden Herausforderungen. Aber dabei müssen wir weniger über das reden, was uns trennt, sondern mehr darüber, was uns eint. Im Rat der Landeshauptstadt Hannover wollen wir deshalb gemeinsam mit den demokratischen Kräften für das Wohl unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger streiten und kämpfen. Dabei müssen

Minderheiten geschützt und muss jedem Aufkeimen von Rassismus entgegengetreten werden. Wir dürfen uns aber nicht durch das Gegeneinanderstellen und die Verabsolutierung unterschiedlichster Identitäten trennen und fragmentieren lassen. Eine „Gesellschaft der Singularitäten“ ist das Gegenteil von Gemeinschaft.

Was die große Mehrheit der Hannoveranerinnen und Hannoveraner eint, ist, dass sie das freie, offene und moderne Leben der Großstadt schätzt, dabei aber weiß, dass diesem Leben ein Sinn für die Einhaltung gemeinsam vereinbarter Regeln nicht entgegensteht. Was sie nicht schätzt, ist eine ideologisch begründete Bevormundung, gleich welcher Couleur. Für diese Mitte, die unaufgeregt nach vernünftigen und pragmatischen Lösungen für die Zukunft sucht, für diese Mitte stehen wir und für diese Mitte machen wir in den nächsten Jahren Politik.

Politik für die Mitte der Gesellschaft



Aufbruch in die digitale Zukunft

Ein Update für die Stadt Hannover

Die Digitalisierung ist eine der wichtigsten Herausforderungen für Hannover und für unsere gesamte Gesellschaft. Das Gelingen der Digitalisierung entscheidet wesentlich über die Zukunft des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Hannover und verbessert die Lebensqualität der Hannoveranerinnen und Hannoveraner. Sie ist mithin die Querschnittsaufgabe schlechthin. Wir wollen daher nicht weniger, als die Stadt Hannover zu einem echten Vorreiter in der Digitalisierung zu machen. Ob in der Stadtverwaltung, im Bildungswesen, in der Wirtschaft oder in der Freizeitgestaltung, für uns ist klar: Digitalisierung soll das Leben der Menschen in unserer Stadt bereichern und besser machen. Spürbar wird dies zuerst beim Bürgerservice.

Die Verwaltung der Zukunft – digitaler, schneller, bürgerfreundlicher

Wir möchten den Menschen Hannovers Zeit schenken. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung wollen wir durch Entlastung von Standardaufgaben die Möglichkeiten geben, ihre Potenziale voll zu entfalten. Bürgerinnen und Bürgern soll der Besuch in den Bürgerbüros der Stadt aufgrund langer Wartezeiten nicht lästig werden. Mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung sehen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei als wichtige Mitgestalter und Kommunikatoren. Digitalisierung muss Chef-Sache auf allen Ebenen sein. Auf Führungsebene ist eine enge Zusammenarbeit mit der Region Hannover, aber auch mit anderen Städten und Gemeinden in Niedersachsen notwendig. Eine mögliche gemeinsame Schnittstelle ermöglicht es,

Den Menschen Hannovers
Zeit schenken

eine zeitgemäße, nutzeroptimierte Online-Plattform für Hannover anbieten zu können. So erleichtern wir einen Datenaustausch zwischen den Kommunen und minimieren den Verwaltungsaufwand für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Bei aller notwendigen Nutzbarmachung der Digitalisierung für die Menschen, bleiben die Bürgerämter der Landeshauptstadt Hannover zentrale Dienstleistungszentren unserer Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen aber viel zu lange auf Termine für grundlegende Dienstleistungen warten. Dies ist nicht Schuld fehlenden Engagements der Beschäftigten, sondern vielmehr der unzureichenden personellen Ausstattung und dem mangelnden Einsatz digitaler Lösungen geschuldet.

Termine im Bürgeramt innerhalb von sieben Tagen

- **Wir fordern**, alle Bürgerämter personell und materiell besser auszustatten. Ziel ist ein Termin innerhalb von sieben Tagen stadtweit. Dies ist notfalls durch eine stärkere Einbindung örtlich flexibler Beschäftigter sicherzustellen.

- **Wir fordern**, die kurzfristig geplanten Push-Up-Bürgerämter im Bereich Zoo und HCC dauerhaft einzurichten.

- **Wir fordern**, für dringende Dienstleistungen in jedem zweiten Bürgeramt eine Stelle (als Feuerwehrkraft) fortlaufend zur freien Verfügung zu halten.

- **Wir fordern** den Erhalt von Bürgerämtern, um allen Bürgerinnen und Bürgern einen barrierefreien Zugang zu städtischen Dienstleistungen zu ermöglichen.

- **Wir fordern**, allen Bürgerinnen und Bürgern einen personalisierten Online-Account zur Verfügung zu stellen, über den man sich in Echtzeit über den Stand seines Anliegens informieren kann.

- **Wir fordern**, die Nutzung sämtlicher Antragsverfahren und Bürgerservices (zum Beispiel Personalausweis oder Reisepass beantragen, Führungszeugnis anfordern, Kitaplatz anmelden) online verfügbar zu machen. Dazu gehört auch, Identitätskontrolle per Videochat zu ermöglichen und alternativ die Nutzung des digitalen Personalausweises anzubieten.

- **Wir fordern** ein Nebeneinander von digitalen und analogen Bürgerservices und Antragsverfahren. Diese müssen flexibel und bürgerfreundlich sein.

Sämtliche Bürgerservices digital und analog

- **Wir fordern**, dass sämtliche Bürgerservices auch analog angeboten werden, um die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Prozess mitzunehmen und auch denjenigen ein Angebot zu machen, die nicht über einen Internetzugang verfügen. Seniorinnen und Senioren müssen bei der Nutzung moderner Technologie unterstützt werden.

- **Wir fordern**, dass, gemäß dem Onlinezugangsgesetz, schnellstmöglich alle öffentlichen Daten der Stadt Hannover in einer Open Data Plattform mit guten Recherchemöglichkeiten verfügbar gemacht werden. Dazu gehören neben statistischen, demografischen und geografischen Daten der Stadtverwaltung und der ihr angegliederten Unternehmen auch Verwaltungsdokumente, wie beispielsweise die Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie Verwaltungsvorlagen.

- **Wir fordern**, den im Personaldezernat neu entstandenen Fachbereich „Digitalisierung“ zu einem zentralen Querschnittsbereich auszubauen und entsprechend personell und finanziell auszustatten.

Fundament fürs digitale Zeitalter: Die Datenautobahn

Unverzichtbare Voraussetzung für eine gelingende Digitalisierung ist die Verfügbarkeit der nötigen Infrastruktur in unserer Stadt. In der Gigabit-Gesellschaft ist ein Breitbandzugang der jeweils neusten Generation die notwendige Voraussetzung dafür, dass Digitalisierung erfolgreich sein kann. Hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf.

- **Wir fordern**, in Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern alle Gewerbegebiete, öffentlichen Gebäude, alle Privathaushalte und sämtliche Bildungseinrichtungen mit der jeweils neusten Generation der Breitband- und Mobilfunktechnologie zu erschließen.

- **Wir fordern**, jedem privaten Haushalt und Gewerbetreibenden in Hannover bis 2023 den Zugang zu einem Hochgeschwindigkeits-Glasfaseranschluss zu ermöglichen. Funklöcher im 4G/5G-Mobilfunknetz werden gemeinsam mit den Netzbetreibern geschlossen.

- **Wir fordern**, alle Breitbandzugänge und den Mobilfunk in Hannover laufend an die jeweils neueste Technologiegeneration anzupassen. Dies ist im 21. Jahrhundert eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und so wichtig wie die Versorgung aller Haushalte mit Strom und Wasseranschlüssen.

- **Wir fordern**, an den Schulen die erforderliche Infrastruktur bis hin zu den Endgeräten laufend auf dem aktuellen Stand der Technik zu halten.

- **Wir fordern:** Breitbandanschluss an allen Schulen, verlässliches WLAN-Konzept in allen Schulgebäuden, technischen Support für alle Belange der Digitalisierung, Präsentationstechnik in den Klassenräumen und die Möglichkeit für Online-Übertragung ins Homeschooling, also Hybridunterricht.

- **Wir fordern**, dass keine Priorisierung einzelner Schulen stattfindet, sondern sich jede Schule entsprechend ihrer digitalen Reife weiterentwickeln kann.

- **Wir fordern** die Sicherstellung einer kontinuierlichen Bereitstellung von Geldern zum Ausbau, Erhalt und zur Pflege der digitalen Infrastruktur unserer Schulen.

- **Wir fordern** ein flächendeckend verbundenes, freies WLAN-Netzwerk in Hannover. Eine einmalige Anmeldung muss es ermöglichen, in der gesamten Innenstadt und an den wichtigsten öffentlichen Orten unserer Stadt sowie in allen Bussen und Stadtbahnen kostenfrei das Internet zu nutzen. Das umfasst auch alle öffentlichen Gebäude und Behörden.

- **Wir fordern**, dass die Sitzungsräume in der Verwaltung, aber auch die Freizeitheime und Bürgerhäuser mit modernster Video- und Digitaltechnik ausgestattet werden, damit dort durchgeführte Veranstaltungen auch nach dem Ende der Pandemie professionell per Online-Streaming übertragen, beziehungsweise als hybride Videokonferenzen durchgeführt werden können.

- **Wir fordern**, dass die Verwaltung ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig an Workshops in den stadteigenen Betrieben teil-

Breitbandanschluss an
allen Schulen

nehmen lässt. Diese Betriebe sind in der Digitalisierung oft bereits viel weiter und können „Best-practice“-Beispiele liefern

Smart City Hannover – Die Stadt Hannover als digitales Erlebnis

Einzelhandel, Gastronomie und Kultur digital vernetzen

Wir unterstützen die Bestrebungen Hannovers, auch durch Einsatz von Fördermitteln des Bundes, zu einer Smart City zu werden. Hier liegen vielfältige Chancen für die Stadt und ihre Einwohnerinnen und Einwohner. Durch die Vernetzung von Einzelhändlern mit Logistikdienstleistern können „Same-Day-Delivery-Angebote“ möglich gemacht werden, damit lokale Angebote gegenüber Onlinehändlern konkurrenzfähig bleiben. Ähnliches gilt im Bereich von Freizeitaktivitäten, wenn es gelingt, Museen, Theater, Kleinkunsthöfen, den Zoo und andere Akteure beispielsweise mit dem ÖPNV oder anderen Mobilitätsanbietern zu vernetzen. Dazu können Händler und andere lokale Anbieter, Standortgemeinschaften und Experten vernetzt werden und so Hürden für Kooperationen abgebaut werden. Dabei kommt dem Erfahrungsaustausch mit den Akteuren aus Smart City-Projekten anderer Städte große Bedeutung zu. Im Mittelpunkt sollen die Akteure selbst stehen, die durch Kooperationen, Vernetzungen und Synergien neue Wege finden, ihre Leistungen am Markt zu etablieren und so zur treibenden Kraft der Entwicklung zur Smart City zu werden. Kreative Ideen der Kulturszene verdeutlichen zudem, was mit Digitalisierung möglich ist. Virtuelle Ausstellungen, digitale Übertragungsformate von Theatern sowie Musikerinnen und Musikern weisen in diese Richtung. Aktuell findet „Kulturdigitalisierung“ – wenn überhaupt – auf unterschiedlichen Plattformen statt und ist sehr divers.

- **Wir fordern** den Aufbau einer einheitlichen und zentralen Kulturplattform im Rahmen des größer angelegten Smart City-Konzeptes. Das digitale Produktangebot soll nach unseren Vorstellungen zielgruppengerechte Ansprachen verwenden. Denn so vielfältig das reiche kulturelle Leben in Hannover ist, so divers ist auch das Publikum.
- **Wir fordern**, dass der digitale „Kulturkanal“ von einem verantwortlichen Kulturredakteur oder einer -redakteurin koordiniert wird. Der Kulturredakteur oder die -redakteurin ist für die gesamte Kommunikation auf der digitalen Plattform verantwortlich.
- **Wir fordern**, dass die personellen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden, ein einheitlicher Kulturkalender (Web und APP) für sämtliche kulturellen Angebote (ob institutionell, frei oder kommerziell) erstellt wird; dass sich sowohl die Kulturschaffenden als auch die Rezipienten auf der Plattform wiederfinden; dass ein digitales Verzeichnis sämtlicher Kulturanbieter entsteht; dass ein digitales Ticketing-System auf der Plattform geschaffen wird.
- **Wir fordern**, dass eine zeitgemäße digitale Infrastruktur in unseren Museen vorgehalten wird.
- **Wir fordern**, den Einzelhandel in der Innenstadt zu vernetzen und Standortgemeinschaften bei der Schaffung und Nutzung digitaler Absatzkanäle zu unterstützen

- **Wir fordern** die technische Unterstützung von Händlern, Gastronomen und anderen Leistungsanbietern bei der Schaffung flexibler technischer Schnittstellen, die die Bündelung von anbieterübergreifenden Angeboten ermöglichen.
- **Wir fordern** die Einrichtung digitaler Foren für Standortgemeinschaften für den Aufbau von Kooperationen.
- **Wir fordern**, ein Verzeichnis einzurichten, in dem die Angebote der einzelnen Akteure in der Smart City gelistet sind und online abgerufen werden können.
- **Wir fordern**, Schnittstellen für Navigationssoftware und überregionale Mobilitätsdienstleister einzurichten, um multimodale Mobilitätsangebote zu ermöglichen.
- **Wir fordern**, Barrieren für mobilitätseingeschränkte Personen in unserer Stadt, wie zum Beispiel fehlende oder defekte Fahrstühle, zu katalogisieren und diese Informationen in Echtzeit online verfügbar zu machen.

Digitale Innovationen für Hannover: Digitalisierung weiterdenken und entwickeln

Digitalisierung ist kein finaler Zustand, sondern ein laufender Prozess. Bürgerinnen und Bürger sowie alle anderen Akteure können und sollen sich beständig einbringen und so die Digitalisierung weiterentwickeln und ihren Bedürfnissen anpassen. Hinzu kommen immer neue Anforderungen des Gesetzgebers. Das stellt viele kleine Händlerinnen und Händler, Gewerbetreibende, Arztpraxen und Kanzleien vor große Hürden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Hochschulen stehen oft vor der Herausforderung, Partner für die Umsetzung ihrer digitalen Innovationen in der Praxis zu finden.

- **Wir fordern** Branchenforen in Hannover, die den Erfahrungsaustausch und digitale Innovationen fördern.
- **Wir fordern**, in Zusammenarbeit mit den Kammern und Berufsverbänden Beratungsangebote in Hannover zur Orientierung in der digitalen Landschaft zu etablieren. Diese sollen Hilfestellung bei technischen sowie gesetzlichen Hürden geben.
- **Wir fordern** Netzwerke aus Wirtschaft und Wissenschaft, die den Transfer von digitalen Innovationen in die Praxis zum Ziel haben.
- **Wir fordern** die Einführung von Kreativwettbewerben und digitalen Kunstprojekten, um eine kreative Auseinandersetzung mit Digitaltechnik und ihren Möglichkeiten zu schaffen.
- **Wir fordern** die Einrichtung eines „digitalen Showrooms“ in zentraler Innenstadtlage (zum Beispiel im Karstadtgebäude), um dort alle schon einsatzfähigen digitalen Services der Stadtverwaltung und städtischer beziehungsweise stadtnaher Betriebe zum Anfassen und Ausprobieren (mit Testausweisen, Testcomputern etc.) zur Verfügung zu stellen. So sollen bestehende Ängste vor der Digitalisierung und dem „gläsernen Bürger“ abgebaut werden.

Netzwerke als Triebfedern
der Digitalisierung



Bildungschancen für alle – individuell und vielfältig

Allen Kindern mit einem erstklassigen Bildungssystem einen optimalen Start ins Leben zu ermöglichen, sehen wir als CDU Hannover als unsere Pflicht an. Bildung ist der Schlüssel für Modernisierung und Fortschritt der Gesellschaft sowie für Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit. Sie garantiert sowohl die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Wissensstandortes, als auch eines toleranten Gemeinwesens. Gute Bildung ist der Garant für eine gute Zukunft. Hierfür braucht es neben guter Infrastruktur vor allem weiterhin gute Lehrkräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Schullandschaft – „individuell und vielfältig“

Für den Einzelnen ist gute Bildung der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Entfaltung seiner Persönlichkeit. Dies verlangt, dass die Talente und Begabungen jedes Einzelnen bestmöglich gefördert werden. Der Abbau von Schwächen und die Förderung von Stärken stehen gleichrangig nebeneinander. Um der Individualität der Lernenden gerecht werden zu können, braucht es ein vielfältiges Angebot. Individuelle Bildung bedeutet: Chancen für alle und zugeschnitten auf jeden Einzelnen. Der Abbau von Schwächen und die Förderung von Stärken stehen gleichrangig nebeneinander. Um der Individualität der Lernenden gerecht werden zu können, braucht es ein vielfältiges Angebot.

Vielfältige Bildung setzt voraus, dass unterschiedliche Bildungswege gewählt werden können. Diese Wege müssen gleichberechtigt nebeneinander angeboten werden. Es gibt nicht den einen Weg für alle. Wir als CDU Hannover stehen für ein differenziertes Bildungssystem und eine hohe Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulen und

Wahlmöglichkeit statt
Einheitsschule

Schulformen ein. Wahlmöglichkeit statt Einheitsschule.

- **Wir fordern** daher ein breites Angebot zum individuellen und vielfältigen Bildungserwerb ein.

- **Wir fordern** ein differenziertes Bildungssystem und eine hohe Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulen und Schulformen.

Bildungserwerb ist Teamwork. Der Grundstein für gute Bildung wird in den ersten Lebensjahren im Elternhaus gelegt, aber Erziehung ist als Zusammenwirken zwischen Elternhaus, Bildungseinrichtung und Gesellschaft zu verstehen. In der Verantwortung der Politik liegt es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine gelungene Zusammenarbeit zu schaffen. Durch gemeinsames Wirken soll jedes Kind auf seinem eigenen Weg zum Erwachsenwerden begleitet werden.

Wahlmöglichkeit statt „Zwei-Säulen-Modell“

Am differenzierten
Schulsystem festhalten

Die Wahlmöglichkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen und die Durchlässigkeit des Schulsystems ermöglicht es jeder Schülerin und jedem Schüler, sich entsprechend der eigenen Begabungen und Fähigkeiten zu entwickeln. Voraussetzung dafür ist, frühzeitig Unterschiede in den Neigungen und Talenten Einzelner zu erkennen, gezielt zu fördern und zu fordern, sowie Leistungswillen und -vermögen anzuerkennen. Gerade in der Vielfalt der Begabungen liegt die Stärke und die Zukunft einer Gesellschaft.

- **Wir fordern**, am differenziertes Schulsystem mit Förderschule, Realschule, Oberschule, Gymnasium und Gesamtschule festzuhalten. Schulen in freier und kirchlicher Trägerschaft sind ebenfalls ein wichtiger Teil der Schullandschaft Hannovers. Wir begrüßen daher die Ergänzung des Regelschulsystems durch Angebotsschulen, welche spezielle Schwerpunkte anbieten können. Ein „Zwei-Säulen-Modell“, bestehend aus Gesamtschulen und Gymnasien, lehnen wir strikt ab.

Wohnortnähe und Sicherheit

Schulweggrenzen sinnvoll
anpassen

Allen Schülerinnen und Schülern Hannovers muss es möglich sein, eine Schule in erreichbarer Entfernung zum Wohnort besuchen und auf sicheren Wegen zu dieser gelangen zu können. Insbesondere für Grundschulkinder muss das Prinzip „Kurze Wege für kurze Beine“ gelten. Aber auch für Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen muss eine altersangemessene Schulweglänge gewährleistet sein.

- **Wir fordern** eine sinnvolle Anpassung der Schulweggrenzen. Dies ermöglicht den Erhalt kleinerer und verhindert die Überfüllung größerer Grundschulen.

- **Wir fordern**, bei der Verteilerkonferenz für die weiterführenden Schulen nach Klasse 4 bei der Zuteilung die Schulweglänge stärker zu berücksichtigen.

Einheitliches Schulwahlverfahren

Aktuell erfolgt eine nach Schulformen differenzierte und zeitlich versetzte Anwahl der weiterführenden Schule nach der vierten Klasse. Eltern müssen sich frühzeitig entscheiden, an welcher Schulform ihr Kind zukünftig unterrichtet werden soll. Dieses Verfahren widerspricht der Gleichwertigkeit aller Schulen und wird dem elterlichen Wunsch nach Wohnortnähe nicht gerecht.

- **Wir fordern** einen einheitlichen Anmeldetermin und Anmeldebogen für alle weiterführenden Schulen, um den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden und Klarheit für die Familien zu schaffen.

Gebäudezustand – Spiegel der Wertschätzung

Zu einer guten Lernatmosphäre trägt auch maßgeblich eine ansprechende und saubere Lernumgebung bei. Unsere Kinder sollen die Hälfte eines Tages an einem Ort leben und lernen können, an dem sie gerne sind und der ihnen zeigt, welche Wertschätzung auch den Jüngsten der Gesellschaft hier in Hannover entgegengebracht wird.

- **Wir fordern**, dass der aktuelle Sanierungsbedarf an allen hannoverschen Schulen vollumfänglich erfasst und der Sanierungsstau aufgelöst wird. Insbesondere mit der Sanierung vieler sanitärer Einrichtungen muss unverzüglich begonnen werden.

- **Wir fordern** eine regelmäßige gründliche Reinigung und eine konsequent umgesetzte Unterhaltspflege der baulichen Substanz aller Schulgebäude. Um dies zu erreichen, fordern wir als CDU Hannover eine Aufstockung der finanziellen Mittel und des Personals für die Reinigung der Schulen.

- **Wir fordern**, die ausufernde Praxis von Containerlösungen zu beenden und durch angemessene und bedarfsgerechte Raumlösungen zu ersetzen. Wo Containerlösungen unabdingbar sind, sind diese technisch so auszustatten, dass auch hier zeitgemäßer Unterricht stattfinden kann.

Keine Containerlösungen mehr für unsere Schulen

Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote in der Grundschule mit Leben füllen

Neben dem Rechtsanspruch auf den Kitaplatz erwägt der Bundesgesetzgeber auch einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Dies wird zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen.

- **Wir fordern** den weiteren Ausbau der hannoverschen Grundschulen zu offenen Ganztagschulen.

- **Wir fordern**, das Raumangebot an allen Ganztagschulen den Bedürfnissen der differenzierten Ganztagsarbeit anzupassen. Es bedarf Kreativ- und Ruheräumen, um den Bedürfnissen der Kinder nach

Raumangebot den Bedürfnissen anpassen

freier Entfaltung und Erholung am Nachmittag zu entsprechen. Eine frische und gesunde Mittagsmahlzeit muss angeboten werden. Vielfältige Freizeitaktivitäten, auch in Kooperation mit außerschulischen Partnern wie Sportvereinen und Musikschulen, sollen überall implementiert werden. Neben dem hohen Qualitätsstandard ist die Flexibilisierung von Abholzeiten unabdingbar, um den verschiedenen Lebenssituationen in den Familien Rechnung zu tragen.

Familienzentren ausweiten, um soziale Brennpunktschulen aufzulösen

Der Existenz von sozialen Brennpunktschulen soll durch die Stärkung der Ganztagsbetreuung insofern entgegengewirkt werden, dass ein vielfältiges Unterstützungs- und Teilhabeangebot für alle Familien des jeweiligen Stadtbezirks im Ganztage verankert werden soll.

- **Wir fordern** die Ausweitung des Konzepts des Familienzentrums, welches – bereits an 47 Kindertagesstätten in Hannover angegliedert – wertvolle soziale Arbeit vor Ort leistet. Die an den Ganztage der Grundschulen angegliederten Familienzentren müssen in das Standardraumprogramm aufgenommen werden, um so Räume für die soziale Arbeit direkt vor Ort bereitstellen zu können. Dies ermöglicht eine zentrale und übersichtliche Anlaufstelle für alle Familien im Stadtbezirk mit Kindern im Grundschulalter.

- **Wir fordern** die Implementierung von weiteren Angeboten wie die Arbeit von Stadtteilmüttern, dem „Rucksack-Projekt“, Integrationslotsen, Familien- und Erziehungsberatung, Gewaltprävention, Sprechstunden der Jugendhilfe und schulärztliche Sprechstunden. Diese Angebote unter dem Dach der Schulen bieten den Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit zur direkten Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern vor Ort, um belastete Kinder und Familien direkt und nachhaltig unterstützen zu können.

Zusammenarbeit der Partner vor Ort

Multiprofessionelle Teams stärken

In den letzten Jahren hat die Heterogenität der Schülerschaft in allen hannoverschen Schulen weiter zugenommen. Lehrerinnen und Lehrer insbesondere im Grundschulbereich, aber auch an den weiterführenden Schulen, leisten täglich großartige Arbeit, um allen Schülerinnen und Schülern ein individuelles Lernangebot zu machen. Um zum Gelingen dieser herausfordernden Aufgabe beizutragen, leisten viele weitere Mitarbeiter, wie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter an den hannoverschen Schulen wertvolle und unerlässliche Arbeit.

- **Wir fordern** die deutliche Ausweitung des sozialpädagogischen Angebots innerhalb der multiprofessionellen Teams in Schulen.

Förderschulen und Inklusion gemeinsam

Verbesserung inklusiver
Beschulung

Im niedersächsischen Schulwesen haben Eltern die Möglichkeit zu entscheiden, ob ihr Kind an einer Förderschule oder inklusiv an einer Regelschule beschult wird. Wir als CDU Hannover befürworten es, diese Wahlmöglichkeit aufrechtzuerhalten, da es unabdingbar ist, die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler zu bedienen.

- **Wir fordern** den Erhalt der existierenden Förderschulen, die mit ihrem vorhandenen Betreuungsschlüssel und ihrer individuellen Anpassungsfähigkeit für Schülerinnen und Schüler mit weitreichendem Unterstützungsbedarf eine sehr gute Wahl darstellen.

- **Wir fordern**, den Personalschlüssel an den inklusiv arbeitenden Regelschulen zu erhöhen und zu erweitern. Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer müssen in ausreichender Anzahl an die Regelschulen abgeordnet oder versetzt werden. Multiprofessionelle Teams aus sozialpädagogischen Fachkräften, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten, Logopädinnen und Logopäden sowie Schulbegleiterinnen und Schulbegleitern müssen direkt an den Schulen in den Prozess des Lernens integriert werden. Sie nehmen gleichberechtigt an Förderplangesprächen teil und entlasten die Lehrerinnen und Lehrer.

- **Wir fordern**, sich beim Land Niedersachsen für diese dringend notwendige Verbesserung inklusiver Beschulung einzusetzen. Die Regelschullehrerinnen und Regelschullehrer dürfen mit den unterschiedlichen und vielseitigen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler mit Unterstützungsbedarf keinesfalls allein gelassen werden.

- **Wir fordern**, um Personalengpässen vorzubeugen und die Qualität zu erhöhen, das Konzept der Schwerpunktregelschulen hinsichtlich bestimmter Förderbedarfe weiter zu stärken und auszubauen. Den Erhalt und die Schaffung von Lerngruppen, welche als Rückzugs- und Förderräume neben dem Besuch der Regelklassen Schülerinnen und Schülern mit Unterstützungsbedarf immer parallel zur Verfügung stehen, begrüßen wir. Wichtig ist uns, dass immer vom Kindeswohl ausgehend gedacht und individuell beraten wird.

Fördern und Fordern

Schwächen von Schülerinnen und Schülern zu erkennen und diese durch individuelle Förderung abzubauen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Schaffung fairer Teilhabechancen.

- **Wir fordern** eine gleichwertige gezielte Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher aus allen sozialen Gruppen und Schichten. Dies bewirkt auch eine Verbesserung der Qualität des Unterrichts sowie des Leistungsklimas. Eine kindgemäße Leistungsabforderung und eine verbesserte individuelle Förderung sind unerlässlich, um Schülerinnen und Schüler ihren Fähigkeiten entsprechend zu fördern und zu fordern. Denn die „Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor. Sie beginnt im Klassenzimmer.“ (Lido Anthony Iacocca)

Vorschulische Bildung

Um in der Schule erfolgreich lernen zu können, ist es wichtig, die deutsche Sprache dem Alter angemessen gut sprechen und verstehen zu können. Sprache ist der Schlüssel zur Bildung.

- **Wir fordern**, den weiteren Ausbau der vor- und innerschulischen Sprachförderung und eine Erhöhung des Personalschlüssels. Nur so können ungleiche Voraussetzungen ausgeglichen und allen Kindern gleiche Bildungs- und Teilhabechancen ermöglicht werden.

Brückenjahr in den
Kindergärten stärken

Insbesondere im dritten Kindergartenjahr erfolgt mit dem Konzept „Brückenjahr“ in den Kindergärten die Vorbereitung auf den Besuch der Grundschule. Erzieherinnen und Erzieher in den Kindergärten bieten heute schon in diesem Rahmen ein vielfältiges Angebot an und kooperieren sehr gewinnbringend mit den Grundschulen vor Ort.

- **Wir fordern**, dieses Konzept zu stärken und die wertvolle Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule verpflichtend zu verankern.

- **Wir fordern**, das Angebot an Krippen- und Kindergartenplätzen weiter auszubauen; Rechtsansprüche sind dabei zwingend zu garantieren.



Wirtschaft – Hannovers Vorteile nutzen

Neue Herausforderungen
brauchen lokale Partner

Die Wirtschaft soll für den Menschen da sein, nicht umgekehrt. Der Bereich der Wirtschaft innerhalb der Stadtverwaltung und dabei vor allem die Wirtschaftsförderung gehören fundamental neu aufgestellt und belebt. Unsere Stadt ist lebens- und liebenswert, aber das müssen wir in der Vermarktung als Wirtschaftsstandort auch glaubhaft transportieren. Wir haben starke Akteure im Mittelstand, in Wissenschaft und Forschung und sogar echte Global Player. Diese müssen wir pflegen, zusammenbringen und Innovationen fördern. Zudem ist die Gewerbesteuer nun einmal die Haupteinnahmequelle einer Kommune. Deswegen allein schon müssen wir ein elementares Interesse daran haben, Unternehmen hier zu halten und neue anzusiedeln. Nur so eröffnen sich überhaupt Gestaltungsspielräume für alles andere, was Hannover lebenswert macht. Wirtschaft ist vielleicht nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist hier in einem sehr offensichtlichen Sinn alles nichts. Für nahezu alle Herausforderungen des 21. Jahrhunderts brauchen wir starke Partner. Digitalisierung, Energie- und Verkehrswende werden die Kommunen ohne starke Partner weder auf den Weg bringen noch managen können.

Gewerbesteuer als Attraktivitätsmerkmal

Hannover hat mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 480 Prozent den höchsten Hebesatz im Regionsvergleich. Was gut für die Stadtkasse ist, ist unattraktiv für Unternehmen. Hier sehen wir langfristig einen Ansatzpunkt zur Attraktivitätssteigerung, der sich jedoch an den finanziellen Rahmenbedingungen orientieren muss, um nicht unseriös zu werden.

- **Wir fordern:** Die Stadtspitze und die kommunalen Spitzenverbände sollen auf die Bundesgesetzgebung dahingehend einwirken, dass das Gewerbesteuergesetz so modifiziert wird, dass die Gemeinden differenzierte Hebesätze, gegebenenfalls auch einen Staffeltarif für unterschiedliche Unternehmensgruppen, festlegen können.

Start-Up-City Hannover

Die Zahl der Unternehmensgründungen liegt nach wie vor deutlich unter dem vorhandenen Potenzial. Erfolgreiche Cluster für Start-Ups zeichnen sich durch unbürokratische Verwaltung und kurze Wege zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen aus. Unklare Strukturen und mangelnde Netzwerke sind hingegen, ebenso wie geringes verfügbares Kapital, Gift für eine erfolgreiche Entwicklung von jungen Unternehmen.

- **Wir fordern** eine Zentralisierung und Bündelung von Arbeitsweisen, Strukturen und Zuständigkeiten. Doppelstrukturen in der Wirtschaftsförderung im Verhältnis Region und Landeshauptstadt sind abzuschaffen und zum Beispiel auf die hannoverimpuls GmbH zu übertragen.
- **Wir treten dafür ein,** Gründungsunterstützer (Accelerator), unabhängig von ihrer privaten oder öffentlichen Struktur, zu unterstützen und das Netzwerk untereinander zu verbessern.
- **Wir fordern** die Einrichtung oder Unterstützung eines Gründungskapitalfonds der Stadt Hannover, der für Privatinvestoren offensteht und von Beginn an als Gemeinschaftswerk von Kommune, privaten Unternehmen und Investoren gestaltet werden soll.
- **Wir fordern,** das Marketing zum Beispiel auch durch die hannoverimpuls GmbH als Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft von Stadt und Region zu intensivieren und die gute Beratungsleistung durch hannoverimpuls breiter und transparenter zu vermarkten, um Gründern und Unternehmern die Vielzahl von Fördermöglichkeiten in Stadt, Land, Bund und Europa besser aufzuzeigen.
- **Wir fordern** eine erhebliche Aufstockung der Investitionen in eine aktive Ansiedlungspolitik, um Gewerbeflächen im Stadtgebiet bevorzugen zu können.
- **Wir fordern,** geeignete Flächen aus dem städtischen Grundbesitz zu Bauland umzuwidmen und dauerhaft zu vermarkten.
- **Wir fordern** eine Stärkung der Standortgemeinschaften.

Hannover als Start-Up-City stärken

Handel, Gastronomie, Service: die City von morgen

Die Innenstadt von Hannover lag vor der Pandemie beim Kaufkraftindex in Deutschland auf Rang 8. Unser Ziel ist es, die City unter den führenden deutschen Einkaufsstädten zu halten. Deshalb will die CDU die Wirtschaft in der City fördern und den Leerstand von (städtischen) Immobilien durch Wiederbelebung und Neunutzung verhindern. Hier-

Die Innenstadt ist das
Aushängeschild Hannovers

für bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen Landeshauptstadt, Gewerbetreibenden und Grundstückseigentümern. Die Innenstadt ist das Aushängeschild Hannovers. Es kommt darauf an, dass sie für die Region und darüber hinaus als Einkaufsstandort, als Standort für Kultur und als Standort von Events und der Lebensfreunde attraktiv bleibt und wird. Die Attraktivität der City für unsere Bürgerinnen und Bürger muss durch mehr Veranstaltungen, Begrünung, Sauberkeit, Ordnungsdienst und Toiletten erhöht werden – oder kurz: durch mehr Aufenthaltsqualität.

- **Wir setzen uns ein** für die Ansiedlung von Startups, kleinen Einzelhandelsgeschäften, Handwerksbetrieben und anderen Gewerbetreibenden sowie sozialen Einrichtungen, Kultur- und Freizeitstätten und nicht zuletzt der Schaffung von neuem Wohnraum in der City.
- **Wir fordern** höhere Flexibilität bei der Anzahl verkaufsoffener Sonntage und den Ladenöffnungszeiten (Late-Night-Shopping) für die City.
- **Wir fordern** eine großzügigere Genehmigung von Freischankflächen und mehr Freiflächen für Außenterrassen für die Gastronomie. Auch über das Pandemiejahr 2021 hinaus müssen diese Flächen gebührenfrei bleiben. Auf Ausschankgebühren soll vorübergehend verzichtet werden, sodass die Gastronomie nach der Krise schnell wiederbelebt wird.
- **Wir fordern** einen citynahen Stellplatz für Mobilisten.
- **Wir fordern** ein gesamtstädtisches Tourismuskonzept und einen höheren Etat für die HMTG, um den Rückstand zu anderen Städten im Tourismusmarketing aufzuholen.
- **Wir fordern** die Einrichtung einer Task-Force „Vergaberecht“ bestehend aus den relevanten Fachbereichen der Verwaltung und dem Rechnungsprüfungsamt, um Schwierigkeiten auf kommunaler Ebene zu identifizieren, Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten und diese, über die kommunalen Spitzenverbänden, in den Dialog mit Bundes- und Landesebene einzuspeisen.
- **Wir fordern** die Fortsetzung des lokalen Corona-Hilfspaketes, um der Wirtschaft in Hannover auch nach einem Ende der Beschränkungen den nötigen Anschlag zu geben.

Wirtschaft und Wissenschaft vernetzen

Neue Forschungsschwerpunkte
unterstützen

Zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung ist die Basis jedes erfolgreichen Wirtschaftsunternehmens. Mit den vorhandenen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Hochschulen hat sich Hannover zu einem etablierten Standort für Studium, Forschung und Wissenschaft entwickelt. Ein Forschungsstandort ist nicht ausschließlich durch öffentliche Träger attraktiv, vielmehr sind im Anschluss an die wissenschaftliche Ausbildung auch entsprechende Arbeitsplätze notwendig, um einen Wissenschaftsstandort nachhaltig attraktiv zu gestalten. Hierfür wollen wir die Kooperation zwischen Politik, wissenschaftlichen Zentren und der Wirtschaft stärken.

- **Wir fordern**, neue Forschungsschwerpunkte gezielt durch geeignete Rahmenbedingungen zu unterstützen. Dazu gehört ein enger Verbund der hannoverschen Hochschulen auf innovativen Gebieten, z.B.

in der Biomedizintechnik, Industrie 4.0, Maschinenbau oder auch Mobilität.

- **Wir fordern**, den Wissenschaftspark Marienwerder systematisch auszubauen. Als Areal für die Ansiedlung innovativer Forschungszentren und Unternehmen hat sich der Wissenschaftspark in Marienwerder seit Jahren etabliert. Dieses Gebiet liegt verkehrsgünstig und in direkter Nähe zu einem Hersteller und zu mehreren Zulieferern der Automobilindustrie.

Hannover als attraktiver Arbeitsmarkt

Der demografische Wandel und der zu erwartende pandemiebedingte Rückgang von Ausbildungsplatzbewerbern und -bewerberinnen lässt als langfristige Folge einen wachsenden Fachkräftemangel befürchten. Hinzu kommt Verlagerungsdruck durch die Niedriglohnländer. Zunehmende Dynamik auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur im Produktionssektor, sondern auch im Entwicklungsbereich zu erwarten. Diesem Umstand können wir auf mehreren Ebenen entgegentreten. Die Förderung der Innovationskraft beginnt bereits in der Schule.

Innovationskraft
fördern

- **Wir fordern** eine Weiterentwicklung von Berufsorientierungskonzepten. Die Schulen sollen mit Fachkräften besetzt werden, die eine Kommunikationsbrücke zwischen Unternehmen und Schülern bilden und die Lehrer im Bereich Berufsvorbereitung entlasten. Als direkte Ansprechpartner für die Unternehmen, die Verbände, die IHK etc. können diese Fachkräfte mit den Schulen gemeinsam auf aktuelle Arbeitsmarktentwicklungen kurzfristig reagieren und passende Projekte und Formate entwickeln.

- **Wir fordern** die Einbindung von Betriebskrippen und Betriebskitas in das Portal zur Kinderbetreuung der Stadt Hannover und einen Dialog mit Unternehmern zum Ausbau eines Netzwerks auf Stadtteilebene, um im Verbund Zusammenschlüsse von interessierten Unternehmern zu ermöglichen.

- **Wir fordern** eine stärkere Einbeziehung von Nachbarschaftsinitiativen, Freiwilligenzentren und Vereinen bei der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeitssuchenden im Stadtteil.

- **Wir fordern** ein beschleunigtes Bearbeitungsverfahren von Anträgen auf Aufenthaltserlaubnis zur Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit bei den örtlichen Ausländerbehörden. Hochqualifizierte Arbeitskräfte in den MINT-Bereichen sind dabei besonders zu berücksichtigen. Insbesondere bei Nicht EU-Bürgern, die oft aus Hochschulen heraus gründen wollen und deren Know-how im Land gehalten werden muss, ist eine Erleichterung notwendig.

Wirtschaft und Umwelt sind keine Gegensätze

Um die Umwelt zu schützen und dem Klimawandel entgegenzuwirken, sind auf kommunaler Ebene weitere Maßnahmen erforderlich. Hannover muss verstärkt dazu beitragen das weltweite Ziel zu erreichen, bis spätestens 2050 klimaneutral zu wirtschaften und zu leben.

- **Wir fordern**, das Fernwärmenetz auszubauen.
- **Wir fordern**, die öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für emissionsarme und emissionsfreie Fahrzeuge (Strom, Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe) in der kommenden Ratsperiode zu verdoppeln bzw. erstmals einzurichten. Verbunden hiermit ist eine klare Strategie für den Ausbau dieser Antriebe in Hannover, die zum Beispiel mit großen regionalen Unternehmen in Kooperation entwickelt werden kann.
- **Wir wollen** ein Bündnis für eine nachhaltige Verkehrs- und Bauwirtschaft in Hannover mit den Unternehmen und der Zivilgesellschaft schließen. So könnten Initiativen verstärkt mit der Immobilienwirtschaft zur energetischen Gebäudesanierung oder mit der Transportwirtschaft zur Umstellung auf emissionsarme Fahrzeuge, mit dem Einzelhandel zur Vermeidung von Verpackungsmüll und mit der Tourismuswirtschaft zur Förderung von nachhaltigem Tourismus geschlossen werden.
- **Wir fordern** die weitere Begrünung des öffentlichen Raums und Aufforstungsprogramme auch auf neu angekauften Flächen, insbesondere durch Pflanzung resistenter Baumarten. Dach- und Fassadenbegrünungen müssen vorangetrieben werden. Die Sicherung von Frischluftschneisen soll zur Saubere-Luft-Strategie beitragen. Denn die Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt mit marktwirtschaftlichen Instrumenten hilft auch den örtlichen Unternehmen im weltweiten Wettbewerb.
- **Wir fordern**, im Verbund mit Wissenschaft und Wirtschaft an anderen Antriebssystemen neben der Elektromobilität zu arbeiten. Exemplarisch sei hier die Wasserstofftechnologie genannt.

Messestadt Hannover

- **Wir fordern**, alle Anstrengungen zu unternehmen, das Geschäft der Messe und des HCC auch in den kommenden Jahren auf gutem Niveau zu halten. Hierfür sollen durch eine Kombination von analogen, digitalen und Kombi-Messen oder Kombi-Kongressen, die auch gleichzeitig an verschiedenen Standorten stattfinden können und durch das Internet miteinander vernetzt sind, mehr Veranstaltungen in Hannover stattfinden. In der nächsten Ratsperiode wird die CDU von der Deutsche Messe AG fordern, das Thema „Nachhaltigkeit im Messegeschäft“ verstärkt zu bearbeiten.



Menschen würdig begegnen

Kommunale Sozialpolitik

Als Christdemokraten sind wir davon überzeugt, dass der Mensch zur Freiheit berufen ist, die ihre Grenzen lediglich im eigenen Gewissen und der Freiheit des Anderen hat. Die individuelle Freiheit ist also ein sehr hohes Gut. Weil der Mensch jedoch auf Gemeinschaft hin angelegt ist – unserer Auffassung nach als soziales Wesen geschaffen ist – ist das Maß seines Verhältnisses zu seinen Mitmenschen die Solidarität. Daraus ergibt sich für uns, dass das Maß seiner Pflicht gegenüber der Gemeinschaft, in die er gestellt ist, das Gemeinwohl ist. So kann sich Solidarität nur in der Sorge um das Gemeinwohl und in dem Vollzug des Gemeinwohls zeigen und erfüllen. Das meinen wir gemeinhin, wenn wir von der Freiheit in Verantwortung sprechen.

Auf Basis dieser solidarischen Programmatik entwickeln wir praktische Politik für ein menschliches Hannover, langfristig angelegt, aber auch flexibel auf neue, oft großstadttypische Herausforderungen reagierend. Für die kommende Wahlperiode des Rates setzen wir die folgenden Schwerpunkte auf den wesentlichen Feldern der kommunalen Sozialpolitik.

Inklusive Stadt weiter voranbringen

Die inklusive Stadt muss Schritt für Schritt entstehen. Die CDU will, dass Barrierefreiheit überall zum Standard wird, egal ob beim Wohnen, bei der Gesundheitsversorgung, der Kommunikation, dem Zugang zu Schule, Bildung und Arbeit, im Supermarkt, bei Sport- und Kultureinrichtungen oder im Internet. Hier wurde auf allen Ebenen viel erreicht, aber es gibt auch noch viel zu tun. Dafür werden wir auch in der kommenden Wahlperiode arbeiten.

Beirat für Menschen mit Behinderung einrichten

- **Wir fordern** die Einrichtung eines Beirats für Menschen mit Behinderungen nach dem erfolgreichen Muster des Seniorenbeirats. Dies ermöglicht unter anderem die Entsendung einer Vertreterin oder eines Vertreters mit beratender Stimme in alle relevanten Ratsausschüsse. Es eröffnet sich damit den Betroffenen die direkte Einflussnahme auf die Entscheidungen der Stadtpolitik, so wie es auch die UN-Behindertenrechtskonvention im Sinn gleichberechtigter Teilhabe fordert.

Mehr Unterstützung für Alleinerziehende

Nach wie vor sind in Hannover rund ein Viertel aller Familienhaushalte alleinerziehende Haushalte, davon rund 90 Prozent mit einem weiblichen Haushaltsvorstand. Fast die Hälfte der Alleinerziehenden muss leider Transferleistungen beziehen. Mehr als zwei Drittel der Betroffenen haben keine Berufsausbildung.

Kommunale Angebote für Teilzeit-Ausbildungen

- **Wir fordern**, dass die sozialpolitischen Initiativen mit und für die Personengruppe intensiviert werden. Vor allem im Dialog mit den Alleinerziehenden, aber auch mit den Trägern der Angebote, sollen die bisherigen Maßnahmen und deren Entwicklung evaluiert, neue Angebote entwickelt und schon bestehende ausgebaut werden. Hierzu gehört auch, den Blick über die Stadtgrenzen hinaus zu werfen und gute Beispiele auf ihre Übertragbarkeit nach Hannover zu untersuchen.

- **Wir fordern**, in Hannover für Alleinerziehende spezifische Angebote für Teilzeit-Ausbildungen anzubieten oder soweit schon vorhanden auszubauen. Dies könnte dazu beitragen, die Arbeitsmarktchancen für die Personengruppe zu erhöhen.

- **Wir fordern**, auch die Wohnsituation von Alleinerziehenden und von Armut Bedrohten zu untersuchen. Wir wollen prüfen, wie durch Belegrechte der Stadt oder durch Tauschbörsen, bei denen beispielsweise Ältere und Jüngere ihre Wohnungen tauschen, die Versorgungslage mit Wohnraum verbessert werden kann.

Kinderarmut bekämpfen – Familien stärken

Die heutigen Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie brauchen daher einen besonderen Schutz, und die kommunale Gemeinschaft hat ihren Beitrag zu leisten, damit ihr Leben gelingen kann. Kinderarmut ist dabei eine Facette, die ihre Entwicklung massiv behindert. In Hannover sind nach Angaben des Familienreports circa 27 Prozent der Minderjährigen von Armut bedroht. Die Folgen sind unterschiedlich, aber sehr gravierend für die Entwicklung der Kinder in unserer Stadt.

„Hannoverschen Weg“ überprüfen

Seit 2010 stellt „Der Hannoversche Weg“ ein lokales Programm dar, um Kindern und Jugendlichen Perspektiven und Chancen für ein erwachsenes Leben jenseits von Armut zu eröffnen. So müssen zum Beispiel eine Teilhabe gewährleistet, eine aufsuchende Beratung ermöglicht und Jugendliche auf dem Weg ins Erwerbsleben begleitet werden.

- **Wir fordern**, die Maßnahmen und Instrumente des „Hannoverschen

Weges“ zu überprüfen und nachzusteuern, damit der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Transferleistungsbezug in der kommenden Wahlperiode so weit wie möglich verringert wird. Um diesen Prozess zu begleiten, wollen wir einen Runden Tisch aus Experten und Hilfsorganisationen gegen Kinderarmut im Stadtgebiet einrichten.

Sucht und Drogen bekämpfen

Der Bereich hinter dem Hauptbahnhof mit Raschplatz und Weißekreuzplatz ist seit Jahren ein Sorgenkind unserer Stadt, weil sich hier Drogen- und Alkoholsucht und die Folgen davon in vielfältiger Form zeigen: öffentlicher Drogenhandel und -konsum, grobe Verschmutzung und Ruhestörungen.

Dank der Arbeit der Drogenberatungsstellen konnten eskalierende Verhältnisse bisher vermieden werden. Ein Problem ist aber die Zuständigkeit zahlreicher Akteure auf diesem Gebiet: mehrere Drogenberatungsstellen von der Step bis zum Neuen Land, Polizei, Bundespolizei und städtischer Ordnungsdienst. Es ist unabdingbar, dass sich alle Akteure auf ein gemeinsames Konzept verständigen, das von allen mit voller Konsequenz verfolgt wird.

Dabei empfiehlt sich ein Blick nach Zürich. Durch eine aus vier Säulen (Prävention, Repression/Regulierung, Schadensminderung und Therapie) bestehende progressive Drogenpolitik gelang es dort in den letzten 25 Jahren, des Drogenproblems Herr zu werden. In Zürich findet man mittlerweile keine offene Drogenszene mehr. Einerseits wird den Abhängigen geholfen, andererseits kommt den Bedürfnissen der Allgemeinheit eine wichtige Bedeutung zu. Die Abhängigen werden gefordert und gefördert, ihnen werden klare soziale Verhaltensregeln vorgegeben. Ein Nichteinhalten wird sanktioniert.

- **Wir fordern**, das Züricher Konzept für Hannover zu adaptieren.
- **Wir fordern**, den Bereich der Prävention zu stärken. Gerade junge Menschen sind empfänglich für solche Verlockungen. Um dem entgegenzuwirken, soll frühzeitig nicht nur in der Schule, sondern auch in Jugendtreffs und Clubs entsprechende Aufklärungsarbeit ansetzen.
- **Wir fordern**, das bestehende Angebot im Hinblick auf andere Formen von Sucht – zum Beispiel Spielsucht und zunehmend exzessiver Umgang mit digitalen Medien – zu überprüfen und auszubauen.

Prävention, Repression,
Schadensminderung und
Therapie

Obdachlosen mehr Wertschätzung entgegenbringen

Immer wieder werden Menschen durch Schicksalsschläge aus der Bahn geworfen, rutschen unverschuldet ab und landen im Extremfall auf der Straße. Um ihnen helfen zu können, braucht es neben Wohnraum eine Verknüpfung der Sozial-, Gesundheits- und Pflegesysteme. Die Vielfältigkeit der Suchtversorgung impliziert Schnittstellenprobleme und erfordert daher klare, geregelte Kooperationsstrukturen. In den Fokus zu nehmen sind aber auch jene Menschen, die trotz eines

niedrigschwelligen Angebotes bisher nicht erreicht wurden. Ihre Problemlagen und ihr Hilfebedarf könnten durch eine Verstärkung des Ansatzes „von Mensch zu Mensch“ durch eine langfristige Vertrauensbildung doch noch Unterstützung finden. Obdachlose Frauen und Mädchen, sowie Opfer von Zwangsprostitution müssen ebenfalls besonders in den Fokus gerückt werden.

- **Wir fordern**, „Housing First“ mit sozialpsychiatrischer Begleitung auszubauen.
- **Wir fordern**, eine Zentralstelle für alle zu regelnden Problemstellungen dieses Personenkreises mit Fachkompetenz (Präventionsfachkräfte) einzurichten.
- **Wir fordern**, eine „Task Force Obdach- und Wohnungslosenhilfe“ zur Akquise von Fördermitteln der EU und des Bundes zu bilden, um die finanzielle Basis von Hilfestrukturen zur Verbesserung der Lebenssituation von Obdach- und Wohnungslosen zu optimieren.
- **Wir fordern**, die Standards für Notschlafstellen und Notunterkünfte weiter zu verbessern, damit die dortige Übernachtung mehr als bisher dem Schlafen auf der Straße vorgezogen wird.
- **Wir fordern**, die Angebote insbesondere für obdachlose Frauen und Mädchen und auch für Opfer von Zwangsprostitution auszubauen.
- **Wir fordern**, Beratungsangebote so niedrigschwellig wie nur möglich zu gestalten, um so vielen Frauen wie möglich zu helfen.

Einsamkeit macht krank – deshalb machen wir sie zum Thema!

Das Phänomen „Einsamkeit“ nimmt zu, und damit steigt auch seine gesellschaftliche Relevanz. Es kommt ihm inzwischen eine ähnlich hohe Bedeutung zu, wie den Themen Sicherung des Lebensstandards im Alter und bezahlbarer Wohnraum. Denn mit einem Mangel an sozialen Kontakten und Möglichkeiten des Austausches – auch außerhalb der eigenen vier Wände – steigt die Wahrscheinlichkeit, neurologisch oder physisch zu erkranken. Auch Suchtkrankheiten spielen im Alter eine zunehmende Rolle.

Im großstädtischen Kontext und angesichts der hohen Zahl an Single-Haushalten, sind vermehrt auch jüngerer Menschen von Vereinsamung betroffen.

- **Wir fordern** die Einrichtung eines Runden Tisches „Einsamkeit und soziale Isolation“ in Kooperation mit Organisationen wie den Kirchen, Kultur- und Sportvereinen, Wohlfahrtsverbänden und dem Seniorenbeirat. Dieser soll niedrigschwellige und aufsuchende Konzepte zur Einsamkeitsprävention und -bekämpfung entwickeln und deren Umsetzung begleiten.



Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Stadtgesellschaft

Die Sportvereine, die Jugendarbeit, viele Kultur-Initiativen sowie die vielfältigen sozialen Angebote bis hin zur rechtlichen Betreuung oder der Pflege und viele mehr leben vom Engagement vieler Menschen, die um der Sache Willen dabei sind: unseren Ehrenamtlichen! Die CDU steht dafür, die ehrenamtlich Tätigen aller Altersgruppen bei ihrer Arbeit zu unterstützen und für alle Bereiche mehr Personen für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Wir achten den Beitrag von Stifterinnen und Stiftern zu unserer Stadtgesellschaft und setzen uns für den Erhalt ihrer Stiftungen ein.

- **Wir fordern**, die vorhandenen Strukturen zu erhalten und deren personelle Ausstattung zu verbessern. Mit hauptamtlicher Unterstützung soll den Ehrenamtlichen die Arbeit erleichtert werden. Ihnen sollen bessere Möglichkeiten gegeben werden, um ihre Fähigkeiten und Kenntnisse, die sie für ihre Arbeit einsetzen, beständig zu erweitern und zu erhalten.

- **Wir fordern** einen Bericht über die Zahl, Situation und Tätigkeitsfelder der in Hannover tätigen Ehrenamtlichen, der zur Mitte der nächsten Ratsperiode vorgelegt wird, um sowohl die Arbeit zu dokumentieren als auch Lücken aufzuzeigen und Wege zu deren Beseitigung darzustellen. Dieser soll auch künftig, jeweils zur Hälfte der Wahlperiode, vorgelegt werden. Der bundesweite Deutsche Freiwilligen-Survey ist gut, aber wir brauchen auch ein Bild von den mehr als 150.000 ehrenamtlich tätigen Hannoveranerinnen und Hannoveranern.

- **Wir fordern** eine Bilanz nach mehr als 10 Jahren „Ehrenamtskarte“ in Hannover: Wer hat sie, wer nutzt sie, welche der 250 Vergünstigungen sind ausbaufähig, wie kann das Angebot erweitert werden?

- **Wir fordern**, zusätzlich die Besitzerinnen und Besitzer der Ehrenamtskarte zu befragen, um ein umfangreiches Bild zu erhalten und gezielter Unterstützung und Förderungen anbieten zu können.

Ehrenamt aufwerten



Hannover – Kulturhauptstadt des Nordens

Vielfalt des kulturellen Lebens
Hannovers

Kunst und Kultur haben eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft. Sie spiegeln gesellschaftliche Debatten wider, sie bieten Reibungsflächen zur Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit und sie weisen über das alltägliche Geschehen hinaus. Kultur ist spannend, facettenreich und umfassend. Sie ist bunt und vielfältig und erzählt von den Menschen, von ihren Geschichten, ihren Ideen, ihrem Tatendrang und auch ihren Gefühlen. Kultur kommt von den Menschen und ist für den Menschen da. Kulturelles Schaffen ist Ausdruck des menschlichen Daseins und dient überdies auch der Bewältigung und Verarbeitung menschlichen Erlebens. Dies gilt für das einzelne Individuum genauso wie für die Gesamtheit einer Gesellschaft. Damit ist Kultur das, was dem Leben Sinn gibt und unsere Gesellschaft zusammenhält. Nicht umsonst schützt das Grundgesetz in Artikel 5, Absatz 3 die Freiheit von Kunst und Wissenschaft. Für uns ist Kultur systemrelevant, ohne Kultur verkümmern Geist und Seele des Menschen.

Reiche Kulturlandschaft

Hannover verfügt über viele hervorragende Kultureinrichtungen verschiedenster Art. Von den Gärten und Parkanlagen, über die Musentempel wie Museen und Oper. Darüber hinaus bietet Hannover eine qualitativ hochwertige freie Chor- und Orchesterszene, bis hin zu alternativen Angeboten in den Stadtteilen, sowie ein breites Angebot an privaten Spielstätten und Clubs.

- **Wir fordern**, die Rahmenbedingungen zu erhalten und zu verbessern, unter denen sich künstlerisches Schaffen entfalten kann. Dazu

Grundfinanzierung der Kultur sicherstellen

gehört die Pflege von Traditionen, Sitten und Gebräuchen, der Erhalt von Gebäuden und die Sicherung von Kulturgut, die weitergehende Förderung von Festivals und Konzertreihen, sowie die dauerhafte Schaffung von Freiräumen für moderne, experimentelle Kunst.

- **Wir fordern**, Kunstobjekte zu erhalten und der Allgemeinheit weiter zugänglich zu machen, sowie Kunstaktionen im öffentlichen oder privaten Raum, Musik-, Theater- und Tanzaufführungen aller Art zuzulassen. Entscheidend für die Bedeutung von Kultur ist ihre öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung bezogen auf die Relevanz für den Einzelnen und seine Beziehungen zu anderen Menschen, Institutionen und Bereichen der Gesellschaft. Kaum etwas ist so schädlich für die Bedeutung von Kunst und Kultur in der Gesellschaft, wie leere Theater, Opernhäuser, Konzertsäle, Ausstellungshallen, Museen und Gedenkstätten.

- **Wir fordern:** Auch in Zeiten knapper Kassen muss eine angemessene Grundfinanzierung öffentlicher Einrichtungen wie z.B. Bibliotheken, Museen, Theater, oder Stadtteilkulturzentren, aber auch die Förderung freier Kulturträger sichergestellt sein.

- **Wir fordern**, die Vielfalt des kulturellen Angebots Hannovers sowie der zahlreichen besonderen Veranstaltungen dauerhaft wie zielgerichtet zu bewerben, zu fördern und wertzuschätzen: das Maschseefest, die Stadtteilstadt, das Kleine Fest im Großen Garten, den Feuerwerkswettbewerb, den Christopher Street Day mit seinen Kulturtagen, das Perlen-Filmfestival, das Oktoberfest, das Frühlingsfest und vieles mehr.

- **Wir fordern**, den „Zukunftsplan-Kultur“ unter enger Beteiligung der Ratsgremien und der Stadtbezirksräte zügig umzusetzen.

- **Wir fordern**, die Beziehungen zu unseren Partnerstädten neu aufzustellen und zu beleben, sowie die Bindung, über den Kulturbereich hinaus, zu vertiefen. Neue Partnerstädte beispielsweise in der Türkei und in Israel sind in den Blick zu nehmen.

Kulturelle Bildung formt den Menschen

Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft

Die kulturelle Bildung spielt eine wichtige Rolle. Eine kulturell gebildete Bürgerschaft ist ein essenzieller Bestandteil für ein lebendiges kulturelles Leben innerhalb der Stadt. Kulturelle Bildung ist ein Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft und Voraussetzung für integrative Leistungen.

Nur wer weiß, woher er kommt, kann seinen Standpunkt bestimmen und grundlegende Wertefundamente verhandeln. Hannover verfügt über ein breites Angebot von Einrichtungen der kulturellen Bildung unterschiedlichster Art.

- **Wir fordern**, dieses vielfältige Angebot zu erhalten und weiter auszubauen. Die wertvolle Arbeit des in den Einrichtungen pädagogisch tätigen Fachpersonals soll weiter unterstützt und ausgebaut werden, sowie das Engagement höher wertgeschätzt werden, auch arbeitsrechtlich und finanziell.

- **Wir fordern**, die Einführung einer „Kultur-Card“ zu prüfen, die die wesentlichen Akteure vernetzt und den Zugang erleichtert.

- **Wir fordern**, mit der Umbenennung von Straßen zurückhaltender umzugehen und dabei die Meinung der Menschen vor Ort stärker zu berücksichtigen. Als CDU Hannover setzen wir uns für eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit Straßennamen ein, anstatt für das identitätspolitisch motivierte Tilgen von Markern unserer Geschichte. Falls erforderlich, sollen Informationsschilder auf problematische Aspekte des Namensgebers hinweisen.

Kultur als Wirtschaftsfaktor

Seit langem ist erwiesen, dass Kultur ein Standortfaktor für die Wirtschaft ist. Wir unterstützen daher Initiativen, welche Kultur und Wirtschaft einander näherbringen.

- **Wir fordern** den Ausbau von PublicPrivatePartnerships (PPP) zwischen kommunalen und privaten Akteuren. Auf diesem Wege kann die Kreativität von Kulturschaffenden und unternehmerische Expertise zusammengeführt werden und sich gegenseitig befruchten. Die Privatinitiative soll dabei Vorrang haben, da Projekte auf diese Art schneller vorangebracht werden können.

Hannoversche Kulturareale

Kulturareale im urbanen Raum sollen öffentliche Betätigungsbereiche für die hannoversche Kunst- und Kulturszene sein. Die Definition solcher Gebiete in der Stadt schafft ohne bürokratische Hindernisse den Freiraum, den die Kunst und Kultur benötigt. Wir unterstützen vornehmlich die lokalen Institutionen und Einrichtungen und deren Kulturschaffende. Wir betrachten unsere Vorstellungen auch als ein Beitrag zur Wiederbelebung der Stadt im Angesicht von Pandemie und wirtschaftlichen Wandel im Blick auf neue Konsumgewohnheiten.

Kulturpark Maschpark

Der Maschpark und seine unmittelbare Umgebung sind Standorte hochkarätiger, künstlerischer Objekte und Installationen des 20. Jahrhunderts. Flankiert wird der Park von drei der wichtigsten Museen der Stadt, dem Museum August Kestner, dem Niedersächsischen Landesmuseum und dem Sprengel Museum, die auch international Beachtung finden. Als literarisches Gedächtnis sollte noch die Leibniz-Bibliothek in dieses Areal einbezogen werden.

- **Wir fordern**, ein Kulturareal „Kulturpark Maschpark“ einzurichten. In diesem Kulturareal trifft Kunst im öffentlichen Raum auf Architektur unterschiedlicher Stile aus verschiedenen Epochen, antike sowie zeitgenössische Kunst und Literatur einerseits und geographisch-geologischen wie biologischen Lebensräumen andererseits. Das „Kulturareal Maschpark“ inklusiv der Leibniz-Bibliothek und des Neuen Rathauses steht für eine kulturelle Öffnung in die Innenstadt hinein. Das bezieht die Öffnung gegenüber den Menschen sowie den „Kulturhäu-

Ort der Begegnung
für Kunst und Kultur

sern“ des Areals untereinander ein. Wir wollen aus dem „Kulturareal Maschpark“ sowohl einen Ort der Begegnung machen, als auch eine Plattform für aktuelles Kunstschaffen, temporäre Kunst- und Kulturaktionen und den Austausch von Ideen kreieren. Es soll ein pulsierendes, weltoffenes und kreatives Areal werden, in dem sich Einheimische und Auswärtige wohlfühlen, verweilen, entspannen und miteinander ins Gespräch kommen können. Bislang werden Museen, Maschpark und Kunst im öffentlichen Raum in der Öffentlichkeit nur für sich wahrgenommen. Durch die Verknüpfung von Museen, Kunst im öffentlichen Raum und Parkanlage soll das „Kulturareal Maschpark“ als Ganzes, als Kunstraum, Schaffens- und Erlebnisraum zugleich wahrgenommen werden.

- **Wir fordern** den Ausbau der Kooperationen zwischen dem Museum August Kestner, dem Niedersächsischen Landesmuseum und dem Sprengel Museum sowie der Leibniz-Bibliothek im Hinblick auf gemeinsame Veranstaltungen und Marketingmaßnahmen.

- **Wir fordern** eine bessere Vernetzung und Interaktion zwischen den Museen. Bislang steht und arbeitet jedes Ausstellungshaus für sich und wird von den Bürgern je nach individuellem Interesse besucht. Viele Hannoveraner wissen zudem nicht, was hinter den Fassaden geschieht und wagen kaum „einen Blick über den Zaun hinaus“. Um mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen, sollen die kulturellen Akteure stärker inhaltlich kooperieren, was jedoch nicht auf Kosten ihrer Eigenständigkeit und ihres Profils gehen darf. Für den Besucher soll dadurch eine Ausstellungsvielfalt in einem räumlich überschaubaren Areal erlebbar werden.

- **Wir fordern**, geplante Open-Air-Kunst- und Kulturaktionen im Maschpark inhaltlich mit einem begleitenden Programm innerhalb der Ausstellungshäuser zu verzahnen und umgekehrt.

- **Wir fordern** geeignete Informations- und Werbepublikationen (print und digital). Darüber hinaus wollen wir ein technisch- und ästhetisch zeitgemäßes digitales Wegeleitsystem mit Orientierungshilfen sowie digitalen Informationsinhalten zum Areal. Das alles soll navigatorisch und inhaltlich auf den kulturellen Reichtum des Gebietes hinweisen und das Angebot bekanntmachen.

- **Wir fordern**, dass der Fachbereich „Stadtgrün“ und der Fachbereich „Kultur“ den Charakter des Parks als Gartendenkmal in Abstimmung und Zusammenarbeit bewahren. Dafür wollen wir hauptamtliche Strukturen unterstützen und in ihrer Weiterentwicklung stabilisieren.

HochKulturdreieck

Um die Innenstadt kulturell weiter aufzuwerten und zu beleben, machen wir uns für ein „Kulturdreieck Oper, Schauspielhaus, Künstlerhaus“ stark. Wir wollen in dieses Dreieck das „Theater am Aegi“ sowie das „GOP“ einbeziehen. Auch diese Lokationen zeigen, wie im „Kulturareal Maschpark“, architektonische Vielfalt aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Inhaltlich repräsentieren die Häuser eine reiche und unterschiedliche Bühnenkunst. Auch hier möchten wir den bestehenden Park an der Georgstraße in das Ensemble einbeziehen und künst-

lerisch beispielbar machen.

- **Wir fordern**, wie beim „Kulturpark Maschpark“, die unterschiedlichen Häuser zu verstärkter Zusammenarbeit und kreativer Gestaltung des Raumes zu ermutigen. Die vergleichsweise großen Flächen zwischen Kröpcke und Aegidientorplatz sollen lokalen Kreativen unbürokratisch für Musik und Performances zur Verfügung stehen. Dies soll in einem Gesamtkonzept und in Abstimmung mit den beteiligten Einrichtungen geschehen.

Freie Kulturszene – Markenzeichen der Stadt

Die reichhaltige freie Kulturszene ist, neben den Einrichtungen der sogenannten Hochkultur, eine wichtige Säule des kulturellen Angebots in Hannover. Dieses lebt von der wechselseitigen Befruchtung und Reibung. Sie reicht von freien Theatern, freien Chören und Orchestern, Kulturinitiativen in den Stadtteilen, über den Jazzclub, bis zur sogenannten Soziokultur.

- **Wir fordern** kreative und unbürokratische Lösungen und eine auskömmliche Finanzierung, um die freie Kulturszene in der Stadt zu erhalten und ihr weiterhin Kreativität zu ermöglichen.

- **Wir fordern** die Einführung eines Musikfonds nach dem Vorbild des Theaterfonds beziehungsweise -beirates, um die reiche Musiklandschaft Hannovers stärker in den Blick zu nehmen.

Musikfonds nach dem Vorbild
des Theaterfonds



Stadt für alle, statt für wenige

Bauen, Stadtentwicklung und Wohnen

Hannover erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Die Einwohnerzahlen sind in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen, wobei seit zwei Jahren eine Stagnation eingetreten ist. Kurze Wege, ein breites Kulturangebot und vielfältige Naherholungsgebiete machen Hannover nach wie vor attraktiv. Dies führt zu einem immer stärker angespannten Immobilienmarkt. Erschwinglichen Wohnraum in attraktiver Lage und Gestaltung vorzuhalten, bleibt eine der großen Aufgaben auch in der Zukunft.

Wohnen darf kein Luxus sein

Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Vor allem ältere Menschen und junge Familien haben es besonders schwer. Das Hauptproblem: Im frei finanzierten Neubau entsteht nahezu ausschließlich Wohnraum im hohen bis sehr hohen Preissegment. Dies wird zur Folge haben, dass immer mehr Menschen wieder in das Umland abwandern werden, wenn wir nicht gegensteuern. Wir wollen in Hannover mehr Wohnraum für alle Schichten und alle Lebenssituationen schaffen. An erster Stelle stehen dabei der Erhalt und die Schaffung preiswerter Wohnungen. Dazu gehören für uns auch Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Reihenhäuser. Für uns ist es wichtig, dass auch Familien mit Kindern in Hannover Wohneigentum erwerben können. Denn Wohneigentum schafft Sicherheit und ist eine gute Altersvorsorge. Wir wollen zudem eine altersgerechte Quartiersentwicklung. Dazu zählen unter anderem stadtplanerische und verkehrspolitische Aspekte, die auf die Bedürfnisse der älteren Generation Rücksicht nehmen.

Neubauten im mittleren
Preissegment

Wohneigentum für junge
Familien fördern

Generationenübergreifende
Wohnformen

- **Wir fordern**, dass Bauauflagen reduziert werden. Der sogenannte „Hannover-Standard“ verteuert gerade für junge Familien das Bauen und gehört auf den Prüfstand.
- **Wir fordern**, dass Bauanträge deutlich schneller durch das Bauamt bearbeitet werden.
- **Wir fordern:** Neubauten müssen wieder vermehrt im mittleren Preissegment erstellt werden.
- **Wir fordern** den Ankauf von Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen im Bestand durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft.
- **Wir fordern** die Gründung einer neuen städtischen Entwicklungsgesellschaft, die Grundstücke aufkauft und entwickelt.
- **Wir fordern** die Einführung eines generationen- und milieuübergreifenden Modellprojektes „Wohnungstauschbörse“.
- **Wir fordern** eine Kapitalerhöhung bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft.
- **Wir fordern** die Bereitstellung von mehr Bauland, auch zielgerichtet für junge Familien.
- **Wir fordern** die Auflegung eines Städtischen Förderprogramms „Wohneigentum für junge Familien“.
- **Wir fordern** mehr sozialen Wohnungsbau. Dieser muss dabei stadtwweit in neue Baugebiete und bestehende Stadtteile besser integriert werden.
- **Wir fordern** die schnellere und digitale Bearbeitung von Bauanträgen.
- **Wir fordern** eine Prüfung, ob und wo leerstehende Büro- und Geschäftsflächen in Wohnungen umgewandelt werden können. Gerade im Innenstadtbereich kann eine bessere Durchmischung von Wohnen, Einkaufen, Gastronomie und Kultur zu einer Belebung und Aufwertung beitragen.
- **Wir fordern**, dass Nachverdichtung Vorrang vor Neubaugebieten auf der grünen Wiese haben muss, ohne dabei notwendige Neuererschließungen aus dem Blick zu verlieren.
- **Wir fordern** eine Straßengestaltung, die auch den Bedürfnissen älter werdender Menschen entspricht. Wir setzen uns ein für mehr Sitzgelegenheiten, beispielsweise an der Graft um den „Großen Garten“. Zudem fordern wir eine strikte Trennung von Fuß- und Radverkehr sowie sichere Fußgängerüberwege.
- **Wir fordern** Aufenthalts- und Begegnungsflächen, die auch auf ältere Menschen so einladend wirken, dass man dort verweilen möchte, hierzu gehören neben Bänken auch weitere Trinkwasserbrunnen.
- **Wir fordern** die Entwicklung, Umsetzung und Förderung verschiedener Wohnkonzepte für unsere Stadt, wie generationenübergreifende Wohnformen sowohl in Einzelobjekten als auch in Quartieren. Das selbstbestimmte und selbständige Wohnen soll so lange wie gewünscht ermöglicht werden. Wohnformen, die einer älter werdenden Bevölkerung gerecht werden, müssen bezahlbar sein.
- **Wir setzen uns dafür ein**, mit Blick auf mobilitätseingeschränkte ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, lebendige Stadtteilzentren zu erhalten oder zu entwickeln, die alle wichtigen Angebote (Einzelhandel, Ärzte, Banken etc.) vorhalten.

- **Wir fordern**, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Wohnungsbauunternehmen „hanova“ ein Konzept entwickelt, in dem eine feste Quote an Wohnungen für Frauen aus Frauenhäusern mit ihren Kindern zur Verfügung steht.
- **Wir fordern**, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Wohnungsbauunternehmen „hanova“ ein Konzept entwickelt, in dem die sich ändernden Bedürfnisse, insbesondere nach dem Auszug von Kindern, Berücksichtigung finden.

Stadtentwicklung als Chance begreifen

Wachsender Bevölkerung
eine Heimat geben

Wir wollen Hannover weiterentwickeln und noch attraktiver machen. Unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen. Der Investitionsbedarf ist hoch. Nur wenn wir Hannover lebenswert erhalten und weiterdenken, werden wir die Anziehungskraft unserer Stadt erhalten und Abwanderung ins Umland verhindern. Der Bevölkerungszuwachs und der demografische Wandel erfordern neue Entwicklungsstrategien. Wir setzen auf der einen Seite auf die Aktivierung neuer Flächen und auf der anderen Seite auf die Erneuerung im Bestand. Aber auch eine Verdichtung oder den Bau von Gebäuden mit mehr Stockwerken als bisher üblich, schließen wir nicht aus, um einer wachsenden Bevölkerung in Hannover eine Heimat zu geben.

Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Wohn-, Gewerbe- und Industrieflächen muss langfristig, integriert und strategisch angegangen werden. Hierzu gehört auch, Flächen für den Handel sowie für Kultur- und Freizeitangebote sowie für öffentliches Leben vorzusehen.

Auf der Grundlage eines nachhaltigen Flächenmanagementkonzepts sind auch alle Stadtteile hinsichtlich ihrer Potenziale zu untersuchen. Wir wollen – dort wo es möglich und gewünscht ist – nicht mehr zeitgemäße Grenzen zwischen Wohnen, Arbeiten und Freizeit überwinden.

Hannover braucht mehr Leuchtturmprojekte. Leuchtturmprojekte ziehen Menschen an, fokussieren Themen und leiten positive Entwicklungsprozesse ein. Zudem wollen wir das Wasser in Hannover erlebbarer machen und mehr Naherholungsbereiche an Leine, Ihme und Mittellandkanal schaffen.

Leine, Ihme und Mittellandkanal
erlebbarer machen

Kinder sind unsere Zukunft. Daher wollen wir Ihnen auch bei der Stadtentwicklung künftig mehr Beachtung schenken.

- **Wir fordern** eine weitgehende, attraktivitätssteigernde Neukonzeptionierung der Markthalle in Kooperation mit dem Eigentümer und unter städtischer Beteiligung.

- **Wir fordern** ein dialogorientiertes Stadtentwicklungskonzept Hannover 2030+.

- **Wir fordern** die Sanierung historischer Straßenzüge. Sie verleihen Hannover Individualität und Charakter.

- **Wir fordern** die Entwicklung eines Konzeptes zur langfristigen Aufwertung der hannoverschen Altstadt. Eine bessere Anbindung an die restliche Innenstadt und die weitere Hervorhebung der Wasserlage

stehen hier im Vordergrund.

- **Wir fordern** eine Neugestaltung des Waterlooplatzes, die seiner zentralen Lage und seiner Funktion als Frischluftschneise gleichermaßen gerecht wird.
- **Wir fordern** ein Stadt(teil)platz- und Freiraumkonzept.
- **Wir fordern**, dem Thema Barrierefreiheit mehr Bedeutung bei Neubauten und Sanierungen im Bestand zuzumessen.
- **Wir fordern**, mehr Spielplätze zu sanieren und zu Erlebnis-Spielplätzen umzubauen.
- **Wir fordern**, dass bei Planungen im öffentlichen Raum auch entsprechende Beleuchtung berücksichtigt wird, um die Sicherheit auch nachts zu verbessern.
- **Wir fordern**, dass bei allen „Park and Ride“-Plätzen ausreichend Parkplätze für Familien zur Verfügung stehen.
- **Wir fordern**, eine Machbarkeitsstudie zur Umgestaltung des Karstadt-Gebäudes zwecks seiner Wiederbelebung mit einem Mischangebot aus Wohnen, Handel, Gastronomie, Start-Up und Kultur. Das Ganze subsummiert unter dem Label „wohnen, arbeiten und kreativ sein in der City“.
- **Wir fordern** tragfähige Lösungen für die Zukunft des Ihme-Zentrums und des ehemaligen Maritim-Hotels und seitens der Verwaltung die Durchsetzung der geschlossenen Verträge.



Umwelt und Klima: Eine Stadt braucht Luft zum Atmen

Der Umwelt- und Klimaschutz ist uns ein besonderes Anliegen. Wir sehen dies als „Schöpfungsverantwortung“, die eine doppelte Verantwortung bedeutet: Zum einen die Verantwortung anderen Menschen, vor allem künftigen Generationen gegenüber. Zum anderen eine Verantwortung gegenüber der Schöpfung als solcher. Dies umfasst mehr als der bloße Begriff der Nachhaltigkeit. Der Mensch steht nicht über der Schöpfung, sondern er ist Teil von ihr. Die CDU setzt dabei weniger auf Verbote und mehr auf Anreize sowie intelligente, energiesparende und emissionsvermeidende Technik. Klar ist aber auch, dass wir viel stärker als heute natürliche und für den Menschen lebenswichtige Ressourcen bewahren und schützen müssen.

Stadtgrün, Naherholung und Tiere

Die Plätze in unserer Stadt haben nicht nur eine große stadtgestalterische, sondern auch ökologische Bedeutung als Freiflächen in der Großstadt. Auf vielen Plätzen, die in den letzten Jahren neugestaltet worden sind, dominiert leider Stein und grauer Beton. Das wollen wir ändern! Aus Sicht der CDU muss die Stadt durch zahlreiche Maßnahmen den öffentlichen Raum attraktiver und vor allem grüner gestalten.

Die Grünflächen, Wälder und Wiesen in unserer Stadt müssen attraktiver gestaltet und regelmäßig gepflegt werden. Um der Vermüllung entgegenzuwirken, muss für eine ausreichende Anzahl von Müllbehältern gesorgt, eine häufigere Leerung umgesetzt und mehr Kontrollen durchgeführt werden.

Mehr Natur, statt
neuer Steinwüsten

- **Wir fordern:** Frischluftschneisen müssen stärker beachtet und freigehalten werden.
- **Wir fordern:** Schluss mit den Schottergärten. Wir wollen Anreize für die grüne Gestaltung von Gärten, um Bienen und Insekten mehr Lebensraum zu bieten.
- **Wir fordern** Patenschaften für die Pflege von Grünflächen, zum Beispiel durch Anwohner, und die Erweiterung der Patenschaften auf Blumenwiesen. Gleichzeitig sollen die Bürger auf interaktiven Karten im Internet bzw. per App Vorschläge für neue Standorte von Stadtbäumen und Blühwiesen machen.
- **Wir fordern,** dass die Stadt deutlich mehr Straßenbäume pflanzt und unsere Wälder, insbesondere die Eilenriede, nachhaltig gestärkt und geschützt werden. Unsere Stadtwälder sollen aufgeforstet werden. Für jedes in Hannover geborene Kind soll die Stadt zukünftig zusätzlich einen Baum pflanzen.
- **Wir fordern** klare Kante gegen Müllsünder und einen verbindlichen Bußgeldkatalog bei Umweltvergehen.

Klimaschutz und Luftreinhaltung

Klimaschutz und soziale Marktwirtschaft in Einklang bringen

Die CDU Hannover sieht den Klimawandel als eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Wir setzen dabei jedoch nicht auf einen Kampf gegen vermeintlich schuldige Bürgerinnen und Bürger oder Wirtschafts- und Industriezweige. Langfristige Ziele beim Klimaschutz sind nur durch progressive Technologieentwicklung zu erreichen und nicht durch Verbote. Wir wollen Klimaschutz und soziale Marktwirtschaft in Einklang bringen.

Der Verkehr ist eine nicht unerhebliche Quelle von Schadstoffen. Erhöhte Risiken für Anwohnerinnen und Anwohner stark befahrener Straßen zeigen sich vor allem durch grobkörnigen Feinstaub, der zu meist aus Abrieben und Aufwirbelung des Straßen- und Schienenverkehrs besteht. Solche Abriebe und Aufwirbelungen entstehen vorwiegend beim Bremsen und Anfahren. Um die Luft sauberer zu machen, steht die CDU Hannover für eine moderne und intelligente Verkehrssteuerung. Eine gezielte Verknappung von Verkehrs- und Parkräumen führt zu mehr Staus, Feinstaub und CO₂; das lehnen wir ab.

- **Wir fordern:** Ausgleichsflächen für Baumaßnahmen sind vor Ort und nicht am Stadtrand zu schaffen.
- **Wir fordern** mehr Grünflächen in der Innenstadt.
- **Wir fordern,** mehr grüne Oasen in den Stadtteilen.
- **Wir fordern** eine verstärkte Förderung von Solaranlagen und mehr Dachbegrünung.
- **Wir fordern** eine Prüfung neuer möglicher Kleingartenflächen.
- **Wir fordern:** Umweltentlastung durch Umstellung des städtischen Fuhrparks auf Elektromobilität.
- **Wir fordern** die kostenfreie Nutzung des ÖPNV an allen Adventstagen in jedem Jahr.

Förderung von Solaranlagen und Dachbegrünung



Mobilität, Verkehr und Infrastruktur

Hannover in Bewegung

Mobilität und Verkehr haben für die Menschen und die Wirtschaft in unserer Stadt eine große Bedeutung. Wir wollen die Mobilität umweltgerechter organisieren, ohne die Menschen dabei zu bevormunden. Wir setzen auf Anreize und Digitalisierung, statt auf Verbote oder Straßensperrungen. Die Verkehrspolitik der CDU Hannover ist darauf gerichtet, den Verkehr fließen zu lassen. Dabei stehen wir für einen ausgeglichenen Verkehrsmix, der den Anforderungen einer Großstadt gerecht wird und alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen berücksichtigt.

Mit dem Fahrrad durch die Stadt

Beim Radverkehr einen großen Sprung nach vorne machen

Wir wollen, dass der Radverkehr in Hannover attraktiver und sicherer wird. Dabei setzen wir klar auf separate Radwege. Rot aufgemalte Radwege auf Hauptverkehrsstraßen sind gefährlich und stellen allenfalls eine Notlösung dar. Viele Radwege in Hannover sind zu schmal oder in einem sehr schlechten Zustand. Auf vielen Routen finden sich Lücken im Radwegenetz. Der Zustand des Radwegenetzes gleicht insgesamt einem Flickenteppich, auch da es keine einheitlichen Ausbaustandards gibt. Wir wollen, dass Hannover beim Thema Radverkehr einen großen Sprung nach vorne macht. Dafür müssen wir mehr Geld als bisher investieren. Hierbei gilt es, auch die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Die Alleinunfälle von Fahrrädern, die Unfälle von Fahrrädern untereinander und solche mit Fußgängern nehmen zu. Hier muss auch die städtische Verkehrspolitik reagieren.

- **Wir fordern** die Erhöhung der Investitionen für den Radverkehr um 50 Prozent auf rund 15 Mio. Euro pro Jahr.

- **Wir fordern** den Ausbau und die Sanierung des vorhandenen Radwegenetzes.
- **Wir fordern** ein zusätzliches automatisiertes Fahrradparkhaus in der Innenstadt.
- **Wir fordern** weitere (kleinere) Fahrradparkhäuser in verdichteten Quartieren.
- **Wir fordern** einheitliche Standards für Fahrradwege.
- **Wir fordern** mehr separate Fahrradampeln; einen Modellversuch „Bike-Flash“-Ampel.
- **Wir fordern** den Ausbau überdachter Fahrradabstellplätze, auch an Stadtbahnhaltestellen.
- **Wir fordern** die Errichtung von Fahrrad-Servicestationen; zum Beispiel durch frei-gemeinnützige Träger.
- **Wir fordern** die deutliche Abgrenzung von Fuß- und Radwegen. Breitere Radwege dürfen nach Möglichkeit nicht zulasten der Fußwegbreite gehen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Ein attraktiver leistungsstarker Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist ein wichtiger Baustein für eine mobile Stadtgesellschaft. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und wachsender Bevölkerungszahlen ist ein weiterer Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur notwendig. Pendlerströme aus dem Umland müssen durch attraktive Angebote zum Umsteigen auf den ÖPNV motiviert werden. Das Tarifsystem im ÖPNV ist unübersichtlich. Die Preise sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Als CDU Hannover sehen wir beim Thema ÖPNV großen Handlungsbedarf.

- **Wir fordern** den Ausbau von Park and Ride-(P&R)-Anlagen.
- **Wir fordern** die Weiterentwicklung der P&R-Anlagen zu Mobilitätsstationen.
- **Wir fordern** den Ausbau des Stadtbahnnetzes, vor allem die Anbindung von Wasserstadt Limmer, Gartenstadt Nord, MHH.
- **Wir fordern** ein einfacheres Tarifsystem für Busse und Bahnen.
- **Wir fordern** die Ausweitung der Kurzstreckenzonen für Busse und Bahnen.
- **Wir fordern** Modellprojekte für automatisierte Busse.
- **Wir fordern** mehr Sprinterlinien aus den Randbezirken in Richtung Innenstadt.
- **Wir fordern** eine Untersuchung darüber, welche Folgen eine Erhöhung der Fahrgastzahlen für die Taktung der Verkehre (Gestaltung und Abstimmung der Fahrpläne), für die Größe der Verkehrsmittel oder die Gestaltung von Haltestellen und Bahnsteigen haben.
- **Wir fordern**, den Einsatz von Elektro- und Hybridbussen auszubauen.
- **Wir fordern** die Ausstattung aller Bushaltestellen mit digitalen Anzeigen.
- **Wir fordern** eine bessere Vernetzung beziehungsweise Taktabstimmung von Bussen und Bahnen.

Modellprojekte für
automatisierte Busse

Autoverkehr

Verkehrssteuerung
intelligenter gestalten

Fahrverbote lehnen wir ab! Und auch der Rückbau von Fahrspuren auf Hauptverkehrsstraßen ist mit der CDU nicht zu machen. Durch die steigende Bedeutung der E-Mobilität rechnen wir nicht damit, dass der Individualverkehr spürbar abnehmen wird. Die Wahl des Verkehrsmittels treffen die Menschen frei und eigenverantwortlich. Aufgabe von Politik ist es, attraktive und bezahlbare Angebote zu schaffen, damit die Menschen in unserer Stadt das Auto öfter auch mal stehen lassen.

- **Wir fordern**, ein neues, modernes und digitales Verkehrsleitsystem in Hannover zu etablieren.
- **Wir fordern** den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsstraßen.
- **Wir fordern** eine zügige Digitalisierung von Signallichtanlagen und deren Anbindung an den zentralen Verkehrsrechner.
- **Wir fordern**, Ampelschaltungen an hochfrequentierten Kreuzungen bedarfsgerechter und tageszeitabhängig, unter Nutzung digitaler Mittel intelligent und dynamisch anzupassen.
- **Wir fordern** „Grüne Wellen“ auf Hauptverkehrsstraßen.
- **Wir fordern:** Ampeln sollen – soweit möglich – eingespart und Kreuzungsbereiche bei Neugestaltungen verstärkt als Kreisverkehre gestaltet werden.
- **Wir fordern** die Etablierung eines echten Baustellenmanagements.

Zu Fuß unterwegs

Die Verkehrsteilnehmer zu Fuß wollen wir in den kommenden Jahren verstärkt in den Blick nehmen. Vor allem, weil der Radverkehr zunimmt, werden diese beiden Gruppen von Verkehrsteilnehmern stärker aufeinandertreffen. Es gilt dabei besonders jene Verkehrswege zu betrachten, die vor allem von beiden Gruppen genutzt werden.

- **Wir fordern**, dass der Rat der Stadt einmal jährlich einen differenzierten Bericht zum Verkehrsgeschehen debattiert, bei dem Ursachen und Folgen von Unfällen, insbesondere von Fußgängern und Radfahrenden betrachtet werden. Aus diesen Berichten sollen Schlussfolgerungen für den Bau von Straßen, Plätzen und Fahrradwegen sowie Fußgängerzonen gezogen werden.

Ruhender Verkehr und Infrastruktur

Die Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiges Kapital für Hannover. Jahrzehntlang wurde die Unterhaltung der Infrastruktur vernachlässigt. Das wollen wir ändern. Die Verkehrssicherheit ist uns ein weiteres Anliegen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Wohngebiete verkehrsberuhigt und Aufenthaltsbereiche ausgebaut werden. Der Erhalt des Parkplatzangebotes ist uns wichtig. Gleichzeitig besteht der Bedarf, in einigen Bereichen den öffentlichen Raum neu zu gestalten.

- **Wir fordern** den Ausbau von Abstellplätzen für E-Scooter und Fahr-

Ladeinfrastruktur für
E-Autos ausbauen

räder, um ein geordnetes Stadtbild herzustellen.

- **Wir fordern** die Errichtung von Stadtteilgaragen.
- **Wir fordern** die Erhöhung der finanziellen Mittel für Maßnahmen der Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung in den Stadtteilen.
- **Wir fordern** den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos.
- **Wir fordern** die Erhöhung der Mittel „Sonderprogramm für Straßensanierung“ (Deckensanierungsprogramm).
- **Wir fordern**, mehr Wege so zu gestalten oder (wieder) herzustellen, dass sie den besonderen Bedürfnissen an Barrierefreiheit gerecht werden.
- **Wir fordern** eine deutliche Erhöhung der Verkehrssicherheit für Schülerinnen und Schüler durch verkehrsberuhigende Maßnahmen und intelligente Ampelschaltungen auf Schulwegen.
- **Wir fordern** eine ausreichende Beleuchtung von Fahrrad- und Fußwegen.



Sicherheit und Ordnung

Regeln konsequent durchsetzen

Gerade in einer Großstadt, in der stets viele unterschiedliche Menschen auf vergleichsweise engem Raum zusammenkommen, treten die Probleme menschlichen Zusammenlebens besonders deutlich zu Tage. „Schmuddelecken“ entstehen hier schneller, das Müllaufkommen ist höher, Ordnungswidrigkeiten und Straftaten bewegen sich in der Regel auf einem höheren Niveau. Diese einfachen Tatsachen gilt es zunächst zur Kenntnis zu nehmen, ohne mit dem Finger auf Einzelne zu zeigen.

Umso wichtiger ist es jedoch, den gemeinschaftlich vereinbarten Regeln, die für ein gutes Zusammenleben unerlässlich sind, Geltung zu verschaffen und diese konsequent durchzusetzen. Wir sind überzeugt, dass Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen allein hierbei nicht zielführend sind. Nur ein interdisziplinärer Ansatz, der Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen und eine gut ausgestattete Sozialarbeit mit einer zukunftsfähigen städtebaulichen- und Verkehrsplanung verbindet, kann hier Erfolg versprechen. Dafür steht die Christdemokratie in Hannover im Sinne der Menschen, die dies zu Recht von Politik und Verwaltung erwarten.

Keine „Broken Windows“

Der Sauberkeit kommt für das Lebensgefühl der Menschen in unserer Stadt eine hohe Bedeutung zu. Ungepflegte öffentliche Flächen, verwahrloste ehemalige Wohn-, Büro- und Einzelhandelsflächen beeinträchtigen das Sicherheitsempfinden der Einwohnerinnen und Einwohner massiv und begünstigen im Extremfall die Konzentrierung kri-

Entschiedenenes Vorgehen gegen Graffiti-Schmierereien

- mineller Aktivitäten. Unser Anspruch ist es, dem entgegenzuwirken.
- **Wir fordern**, Entleerungsintervalle und Fassungsvermögen von Abfallbehältern kritisch zu überprüfen.
 - **Wir fordern**, flexibler auf Einzelereignisse, wie Feste, Demonstrationen, Großveranstaltungen oder auch größere Menschenansammlungen in Grünflächen zu reagieren und die Reinigungsintervalle und Abfallbehältergrößen anzupassen.
 - **Wir fordern**, schnellstmöglich ein Konzept zu erarbeiten, wie mit Leerständen umgegangen und welche Einflussmöglichkeiten die Stadt besitzt, um Liegenschaften so bald wie möglich wieder einer Nutzung beziehungsweise freiwerdende Areale einer neuen Verwendung zuzuführen.
 - **Wir fordern**, für alle Abfallbehältnisse erneut zu prüfen, ob eine Vorrichtung zur Sammlung von Pfandflaschen idealerweise an den Abfallbehältern sinnvoll erscheint. Wo dies der Fall ist, müssen die Abfallbehältnisse zeitnah nachgerüstet werden. Diese Vorrichtungen sollen Pfandflaschen aller Größen aufnehmen können, sodass hierdurch keine weiteren Verschmutzungen entstehen und gleichzeitig Menschen, die auf das Sammeln von Pfandgeldern angewiesen sind, nicht genötigt werden, den Abfall zu durchwühlen.
 - **Wir fordern** ein noch entschiedeneres Vorgehen gegen Graffiti-schmierereien. Klassische Maßnahmen, wie die Verwendung von graffitiabweisenden beziehungsweise leicht zu reinigenden Oberflächen können hier neben kreativen Ansätzen, wie der Ausschreibung freier Flächen für Graffitikünstler stehen.

Zügiges Sanktionieren kann abschrecken

Einsatzzeiten des Ordnungsdienstes ausweiten

Neben diesen eher weichen Faktoren, spielt die Durchsetzung ordnungsrechtlicher Regeln und die Ahndung von Verstößen die entscheidende Rolle. Seit 2019 – spät genug – ist hier der städtische Ordnungsdienst vorrangiger Akteur. Auch wenn die Innenstadt sicherlich besonderer Aufmerksamkeit bedarf, dürfen die übrigen Stadtbezirke nicht außer Acht gelassen werden.

- **Wir fordern**, die Einsatzzeiten des Ordnungsdienstes, insbesondere an Brennpunkten, deutlich über 22 Uhr und auf sieben Tage in der Woche auszuweiten. Präsenz von Sicherheits- und Ordnungskräften erhöht das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger und kann die Begehung von Ordnungswidrigkeiten verhindern.
- **Wir fordern** die personelle Aufstockung des Ordnungsdienstes auf 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis spätestens Ende 2022. Mittelfristig ist weiterer Personalbedarf zu prüfen, sodass bis 2026 eine ständige Präsenz in allen Stadtbezirken sichergestellt ist.
- **Wir fordern**, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so ausgestattet werden, dass sie als Ordnungsdienst für jedermann erkennbar und in der Lage sind, sowohl sich selbst angemessen zu schützen, als auch auf herausfordernde Situationen adäquat reagieren zu können. Die bisherige Ausstattung ist dahingehend zu überprüfen.
- **Wir fordern** einen städtischen Bußgeldkatalog für alle in Frage kommenden Ordnungswidrigkeiten.

- **Wir fordern**, dass dieser Bußgeldkatalog konsequent zur Anwendung kommt. Wir setzen hier – im Rahmen einer Ermessensentscheidung – auf die heilsame Wirkung der Abschreckung.
- **Wir fordern** die Durchsetzung des Leinenzwangs für Hunde in öffentlichen Grünanlagen.
- **Wir fordern**, dass das Radfahren auf Fußwegen insbesondere in Fußgängerzonen (zum Beispiel Innenstadt, Lister Meile) konsequent unterbunden wird. Verstöße müssen durch erhöhte Kontrolle überprüft und sanktioniert werden.
- **Wir fordern**, dass auch die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel voran geht und sich klare und verbindliche Compliance-Regeln für alle Ebenen gibt, deren Einhaltung überwacht und Verstöße geahndet werden.

Zusammenarbeit mit der Polizei verstärken

Gemeinsam besetzte Wachen an Einsatzschwerpunkten

Der städtische Ordnungsdienst soll die Polizei nicht ersetzen, sondern ergänzen und – wo möglich – entlasten. Wöchentliche gemeinsame Streifen von Polizei und Ordnungsdienst sind hier ein guter Anfang, aber noch keine ernstzunehmende Zusammenarbeit.

- **Wir fordern** die Schaffung von gemeinsam besetzten Wachen an Einsatzschwerpunkten, wie beispielsweise dem Marstall.
- **Wir fordern**, dass eine Leitungsstelle des Ordnungsdienstes, im Bedarfsfall auch weitere Stellen, als jährlich rotierende Stellen angelegt werden, auf denen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Rahmen einer Abordnung mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen eingesetzt werden.
- **Wir fordern**, dass die Beschäftigten des Ordnungsdienstes verpflichtend bei der Landespolizei hospitieren.

Intelligente Videoüberwachung an geeigneten Stellen erproben

In unserer Landeshauptstadt finden neben dem alltäglichen Großstadtleben zahlreiche besondere Ereignisse, wie Fußballspiele oder Demonstrationen statt. An neuralgischen Punkten und zu den genannten Ereignissen versammeln sich regelmäßig große Menschenmengen. In einer Stadt wie Hannover ist dies naturgemäß nicht lediglich an einem Punkt der Fall.

- **Wir fordern** den dauerhaften datenschutzkonformen Ausbau der Videoüberwachung an eben diesen, der Polizei bekannten Punkten. Dies erhöht einerseits das Sicherheitsgefühl der Einwohnerinnen und Einwohner. Auf der anderen Seite können auf künstlicher Intelligenz basierende Programme das Entstehen herausfordernder Situationen erkennen und schnell den gezielten Einsatz von Polizei und/oder Ordnungsdienst ermöglichen.

Keine städtischen Gelder für Demokratiefeinde!

Dass Demokratiefeinde, die zum Teil durch den Verfassungsschutz beobachtet werden, städtische Zuwendungen erhalten, ist für uns als CDU eine nicht hinnehmbare Situation. Wo die Grenzen zwischen gesellschaftlichem Engagement, das es ausdrücklich zu unterstützen gilt, und extremistischen Umtrieben, undurchsichtig und zum Teil fließend sind, muss gehandelt werden.

- **Wir fordern** eine Überprüfung der Empfänger städtischer Zuwendungen im Hinblick auf dieses Kriterium und nötigenfalls die Einstellung kommunaler Förderung.



Vielfalt als Chance

Integration als wechselseitige Aufgabe

Für die CDU Hannover ist die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichten eine politische Kernaufgabe. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dass so viele Menschen in Deutschland eine neue Heimat suchen, spricht für unser Land. Fragen der Zuwanderung müssen mit den europäischen Partnern erörtert und gelöst werden. Zwei konkrete Verantwortungen ergeben sich aber für uns: die gegenüber der eigenen Bevölkerung und jene gegenüber den Menschen, die zu uns kommen. Wie hier ein Ausgleich herzustellen ist, bleibt ständige politische Aufgabe. Zugewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund müssen durch Spracherwerb, Leistung und finanzielle Unabhängigkeit ihren Platz in der Gesellschaft finden, die auf Eigenverantwortung setzt. Wir müssen und wollen sie dabei unterstützen, dass sie ein gleichwertiges Mitglied unserer Gesellschaft werden dürfen und werden können – für die Zukunft und für den Zusammenhalt unserer Stadt. Dabei respektieren wir andere Lebensweisen und fordern die Bereitschaft zur Teilhabe ein.

Gleichzeitig bedeutet das für uns, dass grundlegende Werte und Normen unserer Verfassung nicht verhandelbar sind. Parallelgesellschaften, extremistischen Tendenzen – wie zum Beispiel Islamismus – sowie bewussten Grenzüberschreitungen im Phänomenbereich der Clankriminalität werden wir auch in Hannover entschieden entgegenreten.

Uns ist klar: Integration ist keine Einbahnstraße. Die Aufnahmegesellschaft hat einen beträchtlichen Anteil daran, damit Integration von Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund gelingt. Populistische und verfassungsfeindliche Äußerungen verhindern Erfolge in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik.

Wir erkennen das Spannungsfeld. Aber: Wir haben als Volkspartei der

Integration ist keine
Einbahnstraße

Mitte die Kompetenzen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Das christliche Menschenbild und das Grundgesetz leiten uns hierbei.

- **Wir fordern**, den regionalen Integrationsplan fortzuentwickeln und ständig zu evaluieren. Der Integrationsplan muss in der Öffentlichkeit und in Gremien jährlich thematisiert und überprüft werden.

Durch Verbundenheit eine demokratische Basis schaffen

Das Grundgesetz bildet das Fundament unseres Zusammenlebens. Es ist der Wertekanon, auf den wir uns verpflichtet haben und der alle Menschen in unserem Land schützt, aber auch in die Pflicht nimmt. Ein durchsetzungsstarker Rechtsstaat und eine funktionsfähige Verwaltung müssen diesem Fundament stets Geltung verschaffen. Das ist die berechnete Erwartungshaltung aller Menschen in Hannover.

- **Wir fordern:** Eltern, Schulen, Vereine, und kulturellen Einrichtungen müssen bei der Wertvermittlung unterstützt werden.
- **Wir fordern**, den notwendigen Diskussionsprozess über das „Wie“ von Integration durch auch online gestützte Bürgerforen zu erweitern. Nur so lässt sich ein Klima des Austausches und der wechselseitigen Akzeptanz schaffen. Diese sind wiederkehrend kreativ durch die Verwaltung durchzuführen.
- **Wir fordern**, eine Konzeption zur Einrichtung von Integrationszentren als Anlaufstellen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu prüfen. Das Ziel soll sein, Angebote und Kompetenzen unter einem Dach zu bündeln. Die Vor- und Nachteile gegenüber einer dezentralen Unterbringung sind dabei einander gegenüberzustellen und abzuwägen.

Integrationszentren als Anlaufstelle

Integration durch Stadtentwicklung

Auch durch die Gestaltung des gemeinsamen urbanen Raumes kann Integration begünstigt werden. Der Segregation, also der Abspaltung von gesellschaftlichen Gruppen, kann so entgegengetreten werden.

- **Wir fordern** die Evaluation des Quartiermanagements der Landeshauptstadt im Hinblick auf seinen integrationspolitischen Ansatz.
- **Wir fordern** die Förderung von Projekten zu Teilhabe, Integration und Konflikt- bzw. Gewaltprävention im Quartier.
- **Wir fordern** die Entwicklung von Streetwork-Konzepten; die Etablierung von Kulturscouts an Brennpunkten.

Erfolgsgeschichten herausstellen und wertschätzen

Integration als strategisches und politisches Ziel der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte
in Diversitätsbeauftragte
umwandeln

Integration ist kein Sprint, sondern eine Langstreckendisziplin. Sie fordert die Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie die sie aufnehmende Gesellschaft. Deshalb sind im Sinne der Pluralität auch alle gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen gefordert. Die Stadt allein kann nicht alles leisten.

- **Wir fordern** mehr Einsatz für die Erhöhung der finanziellen Zuwendungen des Bundes und des Landes mit der Zielrichtung Integration im kommunalen Bereich.
- **Wir fordern**, die Gleichstellungsbeauftragte in eine/einen Diversitätsbeauftragte(n) umzuwandeln. Die Gewährleistung von Chancengleichheit unterrepräsentierter Gruppen ist grundgesetzlicher Auftrag. Hierfür muss sich auch bei der Landes- und Bundespolitik stark gemacht werden. Künftig sollen alle Vielfaltsdimensionen gemäß der „Charta der Vielfalt“ in den Blick genommen werden.
- **Wir fordern**, das erfolgreiche Projekt „Einbürgerungslotsen“ zu erhalten und auszubauen. Wir dürfen die Menschen mit Migrationshintergrund gerade in der Auseinandersetzung mit der deutschen Bürokratie nicht allein lassen.
- **Wir fordern** eine Stärkung der Kultursensibilität bei Behörden, Unternehmen und Verbänden, um Barrieren beim Wohnungszugang, Arbeitsplatzzugang und Karriereoptionen für Menschen mit Migrationshintergrund abzubauen.
- **Wir fordern**, „Best-practice“-Beispiele in Wirtschaft und Verwaltung stärker herauszustellen und wertzuschätzen. Sie leisten Großartiges für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und steigern gleichzeitig ihre Effizienz durch Vielfalt in der Belegschaft. Geeignete Beispiele sind im Integrationsplan zu hinterlegen. Dieser ist jährlich zu evaluieren und gegebenenfalls ist nachzusteuern.

Integration und Chancengleichheit auf dem hannoverschen Arbeitsmarkt

Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen arbeitsmarktrelevante Integrationsfaktoren stärker berücksichtigen können.

- **Wir fordern** die schnellere Bearbeitung beziehungsweise Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen.
- **Wir fordern**, Gründungsberatungen gezielt auch für Menschen mit Migrationsgeschichte auszubauen. So lassen sich das Innovationspotenzial und die Diversität steigern.



Kinder und Jugendliche ernst nehmen, fördern und schützen

Persönlichkeit entwickeln,
Gemeinschaft stiften

Die klassische Familie befindet sich in Großstädten wie Hannover auf dem Rückzug. Frühere Rollenmuster werden mehr und mehr durchbrochen. Es gibt immer mehr alleinerziehende Mütter und Väter; Elternteile gründen mit anderen Partnern eine neue Familie, Regenbogenfamilien erweitern das Spektrum, in dem für Kinder Verantwortung übernommen wird. Darüber hinaus beginnen Eltern nach der Geburt ihrer Kinder tendenziell immer früher wieder zu arbeiten. Kinder und Jugendliche sind in allen Konstellationen die Garanten für die Zukunft unserer Stadtgesellschaft. Neben Elternhaus und Schule, wollen wir durch Unterstützung der Einrichtungen und Vereine der Kinder- und Jugendhilfe förderliche Strukturen und Angebote für Kinder und Jugendliche in Hannover sichern, ausbauen und neu schaffen.

- **Wir fordern**, neben Kindergärten und Schulen weitere vielfältige Einrichtungen zu fördern, die Kindern und Jugendlichen Chancen zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit und zur Pflege von Gemeinschaft geben.
- **Wir setzen uns ein** für eine dauerhafte Finanzierung des queeren Jugendzentrums in der Calenberger Neustadt, das mit seinem Angebot eine wichtige Lücke in der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sowie ihrer Eltern geschlossen hat.

Wahlmöglichkeit Hort

Mit der freien Wahl der Nachmittagsbetreuung wird den individuellen Bedürfnissen von Kindern und Familien Rechnung getragen.

- **Wir fordern**, weiterhin zwischen Hort- und Ganztagsbetreuung auswählen zu können.

Jugend braucht Freiheit

Dies beginnt bei den Kinderspielplätzen. Damit alle Kinder gefahrlos spielen können, werden wir für eine kontinuierliche Instandsetzung und bessere Pflege und Sauberkeit sorgen. Wir werden prüfen, wo Spielplätze fehlen oder aus allen Nähten platzen.

Kinder und Jugendliche benötigen Freiräume, um sich entwickeln zu können.

Raum für Trendsportarten

- **Wir fordern**, das bestehende Angebot zu ergänzen, indem Raum für Trendsportarten wie zum Beispiel Parcours, Disc Golf, Skateparks oder Calisthenics-Parks geschaffen wird.

- **Wir fordern**, das städtische Angebot in den verschiedenen Stadtteilen mit Spielparks, Jugendzentren, Freizeithäusern und Stadtteilzentren zu stärken. Gerade in der außerschulischen Zeit müssen Betreuungs- und Freizeitangebote vorhanden sein, damit Kinder und Jugendliche die Zeit nach der Schule ihren Wünschen entsprechend nutzen können.

Wir wollen Beständigkeit – freie Träger sind hierfür unverzichtbar

Die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, die Sportvereine, die freien und kirchlichen Jugendverbände, die freiwilligen Feuerwehren, der Andersraum und viele mehr leisten eine hervorragende Arbeit. Dies geschieht sowohl vor Ort in den einzelnen Stadtteilen als auch beispielsweise auf Jugendfreizeiten.

- **Wir fordern**, diese Angebote auch künftig finanziell abzusichern.
- **Wir fordern** den Ausbau und die Weiterentwicklung der außer- und vorschulischen Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Der außerschulischen Bildung kommt eine große Bedeutung zu. Hier hält Hannover ein breites Angebot vor. Diese Angebote müssen im Sinne einer Barrierefreiheit allen Kindern und Jugendlichen zugänglich sein.

- **Wir fordern**, die Eintrittspreise zu Schwimmbädern, Museen, Theatern und anderen Kultur- und Sporteinrichtungen so niedrig wie möglich halten und wo vertretbar auch kostenfreien Zugang zu gewährleisten.

Mitsprache ermöglichen

Kinder und Jugendliche sollen bei Planungen und Vorhaben, die sie betreffen, angemessen beteiligt werden. Hier wurden in der Vergangenheit bereits erfolgreiche Beteiligungsformate erprobt. Das Planspiel „Pimp your town“ ist fest etabliert.

- **Wir fordern**, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an städtischen Entscheidungsprozessen durch angemessene Mitarbeit in den Gremien weiter zu stärken; auf Stadtteil- oder Stadtbezirksebene kann dies auch durch Einrichtung von Jugendparlamenten geschehen.

Hinschauen statt wegschauen

Wir wissen, Kinder und Jugendliche sind vielfach gefährdet: beispielsweise durch häusliche Gewalt, durch sexuelle Übergriffe in der Familie oder durch Dritte oder durch Mobbing untereinander. Dagegen können sich Kinder und Jugendliche nur begrenzt wehren, deshalb müssen wir sie schützen. Frühzeitig einsetzende Aufklärung über Hilfsmöglichkeiten ist notwendig. Aber eine beständige Persönlichkeitsstärkung von Kindern und Jugendlichen, sich nicht alles gefallen zu lassen, ist ebenfalls wichtig. Von zentraler Bedeutung ist ein Frühwarnsystem unter Beteiligung der Kindergärten, Schulen, Arztpraxen und der Nachbarschaften. Genauer hinzuschauen und Auffälligkeiten melden und die Meldungen verfolgen, dass ist dauerhaft sicherzustellen, damit dann professionelle Hilfe einsetzen kann. Hier sind wir alle gefordert.

- **Wir fordern** den Ausbau der aufsuchenden Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe und des kommunalen Sozialdienstes in den nächsten fünf Jahren.

Frühwarnsystem unter Beteiligung von Kindergärten, Schulen, Arztpraxen und Nachbarschaft



Politik von Frauen und Männern für Frauen und Männer

Mehr Frauen in
Leitungspositionen

Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – so steht es in Artikel 3 des Grundgesetzes. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine der zentralen Herausforderungen, um das Leben in unserem Land zukunftsfähig und gerecht zu gestalten. Gleichberechtigung ist erst erreicht, wenn Frauen und Männer tatsächlich gleich verteilt in Entscheidungspositionen zu finden sind und gleiche Chancen im Leben haben.

- **Wir fordern** die Beibehaltung des Gleichstellungsausschusses.
- **Wir fordern** die Berücksichtigung von mehr Frauen bei der Besetzung von Leitungspositionen innerhalb der Stadtverwaltung, auch in Teilzeit.
- **Wir fordern**, dass in städtischen Gesellschaften bzw. Beteiligungsunternehmen der Stadt Frauen und Männer gleichermaßen die Führungspositionen besetzen.
- **Wir fordern** eine höhere Wertschätzung und dauerhaft bessere Bezahlung für systemrelevante Berufe, insbesondere im Pflege- und Erziehungsbereich.
- **Wir fordern** Maßnahmen und Lösungen zur Schaffung von Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern, sowie das Recht auf Rückkehr in die Vollzeit nach einer Teilzeitphase.
- **Wir fordern** Konzepte für zusätzliche Anreize für Väter zur Übernahme von Arbeit in Haushalt und Kinderbetreuung zu entwickeln.
- **Wir fordern** finanzielle Leistungen und besondere Unterstützungsangebote für erwerbstätige und studierende Alleinerziehende.
- **Wir fordern** zusätzliche Angebote von Ausbildungsplätzen in Teilzeit.
- **Wir fordern** die weitere Förderung von bestehenden Programmen zur Unterstützung von Unternehmerinnen.

Schutz von Frauen und Kindern

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder ist ein gravierendes Problem, das durch die Corona-Pandemie noch verschärft wurde. Betroffene sind in diesem Zusammenhang enormen psychischen Belastungen ausgesetzt und benötigen dringend unsere Unterstützung.

- **Wir fordern**, die bestehenden Hilfs- und Beratungsangebote im Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen und Kinder auszubauen und personell aufzustocken.

- **Wir fordern**, Beratungsangebote für gewalttätige Männer weiter zu fördern, um gezielt Hilfestellung für gewaltfreies Agieren in Krisen- und Konfliktsituationen zu geben.

- **Wir fordern**, das Angebot an Plätzen in unseren Frauenhäusern weiter auszubauen und diese auch personell zu verstärken.

- **Wir fordern**, bestehende Projekte mit Übergangswohnungen für Frauen aus Frauenhäusern weiter zu unterstützen und verstärkt zu fördern. Schutzwohnungen mit Platz für Frauenwohngemeinschaften aus drei bis vier Frauen mit/ohne Kinder können den Übergang vom Frauenhaus in eine eigene Wohnung erleichtern. Die so vorhandene Meldeadresse ermöglicht den dort wohnenden Frauen die frühere Anmeldung in einem Kindergarten, einer Schule oder zu einem Sprachkurs. Damit und auch durch die gegenseitige Unterstützung lässt sich der Übergang in die Selbständigkeit besser meistern.

Unterstützung beim Weg vom Frauenhaus in die eigene Wohnung



Seniorinnen und Senioren in der Stadt

Lebensqualität vor Ort
gewährleisten

Ende 2020 waren 134.097 Einwohnerinnen und Einwohner von Hannover 60 Jahre oder älter, fast 25 Prozent der Bevölkerung. Aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge der „Babyboomer“ wird die Zahl der Seniorinnen und Senioren bald spürbar ansteigen. Die kommunale Seniorenpolitik muss sich deshalb stärker an den sich ändernden Bedürfnissen der Älteren ausrichten.

- **Wir fordern**, neben der Sicherstellung der erforderlichen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, eine gute Nahversorgung im Wohnumfeld und eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung zu schaffen.
- **Wir fordern** zusätzlich genügend Angebote vor Ort in den Stadtteilen für eine gesunde Lebensweise, für Mobilität sowie Angebote für eine soziale Teilhabe.
- **Wir fordern** den Ausbau der städtischen Angebote und diese durch eine Kombination von hauptamtlichen Fachkräften und Ehrenamtlichen in den Einrichtungen und in der aufsuchenden Seniorenarbeit zu stärken. Der kommunale Seniorenservice ist bekannter zu machen und finanziell adäquat auszustatten.
- **Wir fordern** den Ausbau des Angebots von Senioren- und Pflegestützpunkten mit leichter Erreichbarkeit in unserer Stadt.
- **Wir fordern** eine verstärkte Unterstützung der Begegnungsangebote sowie Treffpunkte für Aktivitäten jeglicher Art.
- **Wir setzen uns dafür ein**, dass das generationenverbindende Projekte „Wohnen für Hilfe“, bei dem ältere Menschen Unterstützung im Haushalt, beim Einkaufen oder bei der Wahrnehmung von Terminen durch bei ihnen wohnende Studierende erhalten, in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk Hannover ausgeweitet wird.

Ambulante und stationäre Pflege: Ausbau fortsetzen, Qualität steigern

Städtische Pflegeeinrichtungen
erhalten

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft spielt für die Entwicklung des Pflegebedarfs eine zentrale Rolle. Zurzeit sind in unserer Region rund 42.200 Personen pflegebedürftig. Im Jahr 2030 könnten dies 47.000 Menschen sein. Das derzeit prognostizierte Personalangebot für die ambulante und stationäre Pflege liegt deutlich darunter. Die größer werdende Schere in der Pflege – immer mehr Pflegekräfte gehen in Rente, und die Pflegebedürftigen werden mehr – verlangt nach erheblichen Anstrengungen, um Fachkräfte zu gewinnen.

- **Wir fordern** den Erhalt der städtischen Pflegeeinrichtungen, die auch als Ausbildungsbetriebe für die kommenden Jahre eine qualifizierte Ausbildung von neuen Fachkräften sicherstellen sollen.
- **Wir fordern**, gerade im Bereich der ambulanten Pflege und bei den Angeboten häuslicher Hilfe mehr bezahlbare Dienstleistungen zu schaffen. Pflegebedürftige und ihre Familien sollen durch erweiterte Angebote der Beratung, der Pflege- und Alltagsbegleitung sowie hauswirtschaftlicher Dienstleistungen zusätzlich entlastet werden. Durch ehrenamtliches Engagement bei Besuchsdiensten, Angeboten der offenen Altenhilfe oder Seniorenarbeit können Haushalte, in denen pflegebedürftige Personen leben, eine zusätzliche Unterstützung erfahren.

Altersarmut in der Seniorenpolitik mehr in den Blick nehmen

Viele Beschäftigte müssen nach dem Erwerbsleben wachsende finanzielle Abstriche hinnehmen. In den letzten zehn Jahren hat sich in Niedersachsen die Armutsquote der Rentnerinnen und Rentner – bei einer erheblichen Dunkelziffer – deutlich erhöht. Eine Folge der schambesetzten Altersarmut ist zunehmende Vereinsamung. Eine oft berufsbedingt weit über das Bundesgebiet verstreute Familie verschärft diese Problematik noch. Oft ist den Betroffenen nicht klar, welche unterstützenden Angebote sie, personell wie finanziell, in Anspruch nehmen könnten.

- **Wir fordern**, das Angebot an Beratungsstellen auszubauen und die unterschiedlichen Unterstützungsmöglichkeiten bekannter zu machen.



Hannover bleibt bewegt

Sport ist ein wichtiger Teil der Freizeitgestaltung und ist gesund. Wir Christdemokraten in Hannover wollen die Vielfalt der Sportvereine und des nicht vereinsgebundenen Freizeitsports, wie zum Beispiel dem Fun- und Fitnesssport, in Hannover erhalten und weiter fördern. Zudem muss Hannover wieder selbstverständliche Heimat für den Leistungssport werden.

Sanierungsstau abbauen

Sportflächen, Wassersportflächen und das Baden in öffentlichen Bädern sind unbedingte Voraussetzung, um sportlich aktiv zu sein und die Freizeit zu genießen. Wir setzen uns daher dafür ein, den jahrelangen Sanierungsstau auf den städtischen Sportflächen und in den städtischen Bädern schnellstmöglich abzubauen.

- **Wir fordern** einen finanziell abgesicherten „Generalsanierungsplan“ für die städtischen Bäder sowie die dringend sanierungsbedürftigen Sportflächen; sowohl der Außenanlagen als auch der städtischen Sporthallen.

- **Wir fordern**, dazu die Einstellung entsprechender finanzieller Mittel in die Finanzplanung, um den Sanierungsstau bei den bestehenden Sportflächen, Sporthallen und Bädern gesichert abzubauen.

- **Wir fordern**, die Möglichkeiten der Bündelung der städtischen Bäder in einer Bädergesellschaft zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

- **Wir fordern** die Fortschreibung eines angepassten Bäderkonzeptes. Wir setzen uns ferner auch für die Erweiterung und die Vielfalt neuer Sportflächen in Hannover ein. Der adäquate Erhalt des Vorhandenen

Städtische Bäder in einer Gesellschaft bündeln

ist wichtig, darf aber nicht der einzige Aspekt bleiben, wenn Hannover Sportstadt bleiben will.

- **Wir fordern**, ein Konzept zum Bau von Freilufthallen zu erarbeiten.
- **Wir fordern**, die Planung neuer Sportflächen weiter voranzutreiben und dabei insbesondere die großen Neubaugebieten Hannovers, wie Kronsberg-Süd und Wasserstadt Limmer, in den Blick zu nehmen.
- **Wir fordern** den weiteren Ausbau des Erika-Fisch-Stadions, um dies für größere, überregionale Leichtathletikveranstaltungen zu ertüchtigen.

Sportstadt an der Leine

Stadtsportbund intensiver einbinden

Wir wollen, dass Hannover wieder Austragungsort sportlicher Großveranstaltungen wird. Die Sportverwaltung muss in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund Hannover und den Sportvereinen in Hannover ihre Aktivitäten dahingehend intensivieren und entsprechende Durchführungskonzepte erarbeiten. Tragende Säule hierfür ist der organisierte Sport in Sportvereinen. Die CDU unterstützt daher die Vereine in ihrer Arbeit, die neben dem Sport auch viel integrative und inklusive Arbeit mit ihren Mitgliedern und Gästen leisten.

- **Wir fordern**, den Stadtsportbund als Spitzenverband des Vereinssports in Hannover intensiver und umfangreicher vorab bei sportpolitischen Planungen der Stadt Hannover einzubinden.



Hochschulstandort Hannover

Zukunftsaufgaben gemeinsam
bewältigen

Hannover ist eine Universitätsstadt. Die CDU Hannover steht für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Leibniz-Universität (LUH), der Medizinischen Hochschule (MHH), der Tierärztlichen Hochschule (TIHO), der Hochschule Hannover und den weiteren Hochschulen der Stadt. Wir sind ein verlässlicher Partner für Lehrende, Studenten, Studentinnen, Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen aller universitären Einrichtungen in Hannover.

- **Wir fordern** eine Stärkung des studentischen Wohnungsbaus durch Bereitstellung von geeigneten Flächen.
- **Wir fordern**, die nötige Anbindung des Neubaus der MHH an den ÖPNV unbedingt sicherzustellen.
- **Wir fordern**, Start-Up-Ausgründungen mit kommunalen Gründungszentren (zum Beispiel Wissenschaftspark Marienwerder, Hano-mag-Gelände, ehemaliges Expo-Gelände) auszubauen.
- **Wir fordern**, den Austausch zwischen allen Schulen Hannovers und den Hochschulen in Hannover auszubauen.
- **Wir fordern**, die Hochschulen enger in die Entwicklung und Planung von Schritten zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben (Digitalisierung, Verkehrswende und weitere) einzubeziehen. Das Know-how vor Ort muss stärker genutzt werden.
- **Wir setzen uns ein** für den Ausbau weiterer Exzellenzcluster an der Leibniz-Universität, um diese fit zu machen für den Titel Exzellenzuniversität.

